
I N L A N D

Voraussichtlich 18 Neupriester im Jahr 2017	2
350.000 Besucher bei der "Langen Nacht der Kirchen"	3
Kirche mahnt zu Wahlkampf ohne Diffamierung politischer Gegner	12
Wien: Tausend Teilnehmer bei Kundgebung für verfolgte Christen	6
Schönborn: Fatima soll "Vertiefung des Glaubens" ermöglichen	8
Abt Perkmann: Klöster müssen ökologisch wirtschaften	9
Sr. Mayrhofer: Film "Agnus Dei" lenkt Blick auf Frauennot heute	10
Schönborn: Ostererfahrung ist der eigentliche christliche Wert	10
Jesuiten hoffen auf bessere Beziehungen zwischen China-Vatikan	13
Requiem für Alois Mock: Kirche und Politik sagen Dank	14
"Soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der Gesellschaft rücken"	4
Kirchlicher Flüchtlingsexperte: Fluchtursachen eindämmen	16
Orthodoxes Kloster: Standortentscheidung laut Metropolit offen	17
Männerorden in Kärnten: 65 Patres und Brüder in sieben Orden	19
Führungswechsel im Kapuzinerorden in Österreich und Südtirol	19
Stift Heiligenkreuz sendet vierköpfige "Vorhut" nach Neuzelle	20
P. Thomas Vanek als Provinzial der Sales-Oblaten wiedergewählt	21
Wien: Sonderausstellung zum Turiner Grabtuch	21
Klostergärten im Zentrum der heurigen Benediktiner-Wallfahrt	22

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Wien: Ältestes bestehendes Frauenkloster feiert 300. Geburtstag	23
Wien: Filmpräsentation zu Nonnendrama "Agnus Dei"	24
Vatikan nimmt an "Anti-Trump-Konferenz" in Bolivien teil	25

A U S L A N D

Kardinalsrat erwägt mehr Mitbestimmung in der Kirchenleitung	25
"Dialogkardinal" Tauran: Frauen gleiche Verantwortung übertragen	26
Turin: Gestohlene Reliquie Don Boscos wieder aufgetaucht	27
Aleppo: Erste christliche Flüchtlinge kommen zurück	5
Viele Christen planen offenbar Rückkehr nach Aleppo	27
Existenz Satans: Diözesanexorzist kritisiert Jesuitengeneral Sosa	28
Schlüsselpositionen der Kirche im Heiligen Land neu besetzt	28
Nicaraguanischer Priester und Minister Miguel d'Escoto gestorben	29
Mord an Bischof Balla: Etliche ähnliche Fälle in Kamerun	30
Bayerische Benediktiner planen erstes Kloster in Ägypten	30

I N L A N D

Voraussichtlich 18 Neupriester im Jahr 2017

In den Wochen um das Apostelfest "Peter und Paul" am 29. Juni finden traditionell die Priesterweihen statt - Diesjährige Weiekandidaten zwischen 29 und 57 Jahre alt, zehn kommen aus Orden und ordensähnlichen Gemeinschaften, acht sind Diözesanpriester - Zahl der Priesterweihen kann sich bis Jahresende noch erhöhen

Wien (KAP) In Österreich werden nach Kathpress bisher vorliegenden Angaben in diesem Jahr zumindest 18 Männer, die wesentliche Teile ihrer Priesterausbildung hierzulande absolviert haben, zu katholischen Priestern geweiht. Die Neupriester sind zwischen 29 und 57 Jahre alt. Zehn kommen aus Orden und ordensähnlichen Gemeinschaften, acht sind Diözesanpriester. Unter den Weiekandidaten befinden sich erneut mehrere "Spätberufene" wie ein früherer Physiker, ein ehemaliger Flugzeugmechaniker und ein gelernter Gärtner. Wie in den Vorjahren tragen die Neupriester auch zur wachsenden Internationalität im heimischen Klerus bei: Elf von ihnen sind in Österreich geboren, die anderen stammen aus Deutschland, Polen, Indien und Vietnam.

Insgesamt liegt die Anzahl der heurigen Priesterweihen vorerst unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. 2016 waren 28 Männer, die wesentliche Teile ihrer Priesterausbildung in Österreich absolviert hatten, zu katholischen Priestern geweiht worden. Seit rund einem Jahrzehnt gibt es in Österreich jährlich meist zwischen 25 und 35 neu geweihte Priester. Ausreißer wie heuer gab es in beiden Richtungen. 2011 war die Zahl mit 39 Priesterweiekandidaten etwa im Vergleich außergewöhnlich hoch. Insgesamt leben und wirken in Österreich aktuell knapp 4.000 katholische Priester.

Traditioneller Termin für Priesterweihen ist das Apostelfest "Peter und Paul" am 29. Juni. Priesterweihen finden aber nicht nur punktgenau bzw. rund um das seit dem 4. Jahrhundert belegte Hochfest statt, sondern auch während des gesamten Jahres. Vor allem Weihen von Ordenspriestern finden auch abseits des Juni-Termins statt. Dadurch könnte sich die Zahl der Neupriester im Laufe der zweiten Jahreshälfte noch erhöhen.

Den Auftakt der Priesterweihen in den Wochen um "Peter und Paul" macht am Fronleichnamstag der Kärntner Benediktinerpater

Marian Kollmann. Der gebürtige Klagenfurter wird am 15. Juni um 15 Uhr von Bischof Alois Schwarz in der Stiftskirche von St. Paul im Lavanttal zum Priester geweiht. Der Kärntner Diözesanbischof feiert außerdem am 2. Juli um 15 Uhr eine Priesterweihe mit gleich drei Neupriestern. In der Klagenfurter Domkirche wird er den aus Osttirol stammenden Georg Granig, den gebürtigen Steirer Ulrich Kogler sowie den bei Potsdam in Ostdeutschland geborenen Sven Wege zu Priestern weihen.

Ein Priester wird heuer im Wiener Stephansdom geweiht. Kardinal Christoph Schönborn wird am Samstag, 17. Juni, um 9.30 Uhr Albert Reiner aus Wien das Weiesakrament spenden. Eine Woche später feiert Johannes Reiber aus dem Vorarlberger Kloster Thalbach der der geistlichen Familie "Das Werk" seine Priesterweihe. Der im deutschen Allgäu aufgewachsene Geistliche wird am 25. Juni um 14.30 Uhr im Augsburger Dom von Ortsbischof Konrad Zdarsa geweiht.

Zu "Peter und Paul" am 29. Juni sind Priesterweihen im Salzburger sowie im Eisenstädter Dom geplant. Um 14 Uhr feiert der Salzburger Erzbischof Franz Lackner die Weiheiliturgie für den in St. Johann in Tirol aufgewachsenen Christian Hauser. Um 15 Uhr beginnt in Eisenstadt die Priesterweihe von Kurt Aufner aus Jennersdorf im Burgenland.

Noch im Sommer werden dann der Salesianerpater Praveen Raj Antony sowie der Piaristenpater John Bosco Joseph geweiht. Beide erhalten ihre Priesterweihe in ihrer Heimat Indien: P. Praveen, der seit 2009 der Provinz der Salesianer in Österreich angehört, am 22. Juli in Chennai und P. John, der seit 2011 im internationalen Klerikat der Piaristen im Wiener Piaristenkollegium Maria Treu lebt, am 26. August im Bundesstaat Kerala.

Über zwei Neupriester freut sich heuer das Stift Klosterneuburg. Am 21. Oktober wird der Augustiner-Chorherr Thaddäus Ploner zum

Priester geweiht. Schon am 25. Februar spendete der Olsoer Bischof Bernt Eidsvig in der Klosterneuburger Stiftskirche dem aus Wien stammenden Chorherr Florian Tloust die Priesterweihe.

Tloust ist einer von insgesamt sieben Neupriestern, die seit Jahresbeginn bereits geweiht wurden. So legte Bischof Benno Elbs am 4. März im Feldkircher Dom Dariusz Radziechowski die Hände zur Priesterweihe auf. Der aus Polen stammende Neupriester wirkt seit 2013 in Vorarlberg.

Am 30. April wurde im Wienerwaldstift Heiligenkreuz die Weihe zweier neuer Priester gefeiert. Kardinal Christoph Schönborn weihte dabei Zisterzienserpatres Florian Mayrhofer und Philemon Dollinger zu Priestern. In Liechtenstein spendete der Erzbischof von Vaduz, Wolfgang Haas, am 13. Mai dem aus Hohenems in

Vorarlberg stammenden Michael Mathis die Priesterweihe. Mathis ist seit Juni im Kärntner Wallfahrtsort Maria Luggau tätig.

Zwei neue Ordenspriester gibt es auch im oberösterreichischen Stift Schlierbach. Der in der Steiermark aufgewachsene P. Markus Zimmermann und der aus Vietnam stammende P. Josaphat Pham Van Duy wurden am 14. Mai vom Linzer Bischof Manfred Scheuer geweiht.

Neben den 18 Neupriestern, die entweder aus Österreich stammen oder hier als Seelsorger wirken werden, gibt es auch mehrere Weihen angehender Priester, die von ihren ausländischen Heimatdiözesen zum Studium nach Österreich entsandt worden sind und im Zuge dessen eine Zeit lang in Einrichtungen wie dem Überdiözesanen Priesterseminar Leopoldinum in Heiligenkreuz gelebt haben.

350.000 Besucher bei der "Langen Nacht der Kirchen"

Ökumenisches Großereignis bot am 9. Juni knapp 2.700 Programmpunkte in ganz Österreich - Allein in der Erzdiözese Wien bei 13. Auflage rund 150.000 Besucher

Wien (KAP) Rund 350.000 Menschen haben nach ersten Schätzungen der Veranstalter am Abend des 9. Juni an der bundesweiten "Langen Nacht der Kirchen" teilgenommen. In 650 Kirchen, Klöstern und Pfarrzentren zwischen Boden- und Neusiedlersee wurde bis in die späten Nachtstunden ein vielfältiges Programm aus Kirchenführungen, Lesungen, Tanz und Konzerten aller Epochen und Stilrichtungen geboten. Diskussionen und Ausstellungen griffen auch sozial-, kirchen- und gesellschaftspolitische Themen auf. Insgesamt konnte die Besucher des ökumenischen Großereignisses bei freiem Eintritt aus mehr als 2.700 Einzelveranstaltungen wählen, die großteils von einigen Tausend Ehrenamtlichen in den Pfarren gestaltet wurden.

Auch in Tschechien standen am selben Tag rund 1.450 Kirchen bei der landesweiten "Noc kostelu" offen. Der Wiener Bischofsvikar Dariusz Schutzki kündigte noch in der Nacht die nächste "Lange Nacht der Kirchen" für den 25. Mai 2018 an.

Einen deutlichen Akzent setzte die von den im Ökumenischen Rat der Kirchen vertretenen christlichen Konfessionen gemeinsam organisierte Kirchennacht erneut zur Unterstützung der verfolgten Christen weltweit. Zum Auftakt der Kirchennacht führte Kardinal Christoph

Schönborn den Schweigemarsch von "Christian Solidarity International" für die Opfer religiöser Gewalt und Verfolgung durch die Wiener Innenstadt an. "Wir demonstrieren nicht, sondern wir erinnern daran, wie viele Christen weltweit verfolgt werden, aber auch, wie viele andere Menschen unter Gewalt leiden. Und wir beten für den Frieden und für Gerechtigkeit", sagte Schönborn. In der Steiermark wurde an allen Veranstaltungsorten um 22 Uhr zeitgleich ein stilles Gedenken für all jene Menschen abgehalten, die wegen ihres Glaubens verfolgt oder diskriminiert werden.

Auch das Reformationsjubiläum stand heuer im Fokus zahlreicher Programmpunkte. Unter anderem bestritten Kardinal Schönborn und der lutherische Bischof Michael Bünker in der Kirche St. Johann Nepomuk in Wien-Leopoldstadt einen "Late Night Talk" zum Thema "500 Jahre Reformation". Das Wiener Bibelzentrum im Museumsquartier lud zum Besuch der Ausstellung "Bibel und Reformation". In Innsbruck wurde der Dialog auch auf nicht-christliche Religionen ausgeweitet. Ein Höhepunkt des "Abends der Religionen" in der evangelischen Auferstehungskirche war eine Erklärung der Israelitischen Kultusgemeinde zum jü-

dischen Sabbat und der Islamischen Religionsgemeinschaft zum muslimischen Fastenbrechen.

Allein in Wien wurden bei der bereits 13. Auflage der "Langen Nacht der Kirchen" 150.000 Besucher in den Gotteshäusern der verschiedenen Konfessionen gezählt. Hauptbesuchermagnet in der Bundeshauptstadt waren einmal mehr die zahlreich geöffneten Innenstadtkirchen und hier vor allem der Stephansdom. Dompfarrer Toni Faber sprach von rund 40.000 Besuchern in der "Langen Nacht". Diese Nacht sei eine ideale Gelegenheit, um "Kirche neu erfahrbar zu machen" und "Begegnungen mit dem Lieben Gott auf vielfältige Art und Weise" zu ermöglichen.

Wie im ganzen Land hatten jene Orte in der Kirchennacht besonderen Zulauf, die für Kirchenbesucher normalerweise nicht zugänglich sind wie Kirchtürme, Sakristeien, Krypten und Klostergänge. Als Juwel barocker Kirchenbaukunst, das nur zu besonderen Anlässen geöffnet wird, stand etwa die "Bernardikapelle" im

Heiligenkreuzerhof den ganzen Abend lang offen. Die "Chant-Mönche" des Stiftes Heiligenkreuz begeisterten die Besucher mit ihren bekannten gregorianischen Choralgesängen. Geöffnet waren auch die nur selten zugängliche Stanislauskapelle, das ehemalige Krankenzimmer des heiligen Stanislaus Kostka oder die historische Bibliothek im Erzbischöflichen Palais. Die Sonderausstellung der Malteser zum Turiner Grabtuch im Erzbischöflichen Palais verzeichnete rund 2.000 Besucher.

Ein positives Resümee zog auch der Wiener Bischofsvikar Dariusz Schutzki. Er sprach angesichts der Besucherzahlen und der vielen persönlichen Erlebnisse in dieser Nacht von einem großen Erfolg. Es habe sich wieder einmal gezeigt, welche große Bedeutung die Kirchen nicht nur für die Christen, sondern für die gesamte Gesellschaft hätten. Persönlich hätten ihn vor allem die vielen Begegnungen mit jungen Leuten erfreut, so der Bischofsvikar.

"Soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der Gesellschaft rücken"

Diskussionsabend zur Initiative "Christlich geht anders" im Rahmen der Langen Nacht der Kirchen im "Quo Vadis" in Wien - P. Helm für breiten Diskurs über Inhalte christlicher Politik

Wien (KAP) Politik, "die den Namen christlich wirklich verdient", stand bei der Langen Nacht der Kirchen im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Ordenszentrum "Quo Vadis". Zum Thema "Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage" diskutierten Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, P. Franz Helm, Generalsekretär der Superiorenenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften Österreichs und Vera Hofbauer, ehemalige ehrenamtliche Vorsitzende der Katholischen Jugend (KJ). Ziel der dahinterstehenden Initiative "Christlich geht anders" ist es, soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatten zu rücken.

"Unser Traum ist es, dass Menschen mit dem den sechs Grundpositionen der Initiative in der Hand miteinander ins Gespräch kommen und sich darüber austauschen, wie eine christliche Politik wirklich ausschaut", so Helm. Politische Bewusstseinsbildung sollte dort anfangen, "wo wir zu Hause sind, in unseren Familien, Pfarrgemeinden oder in der Nachbarschaft". Helm kritisierte jene politischen Strömungen, "die als die großen Verteidiger des

christlichen Abendlandes auftreten, dann aber aushöhlen, was wirklich christlich ist, in dem sie unsolidarisch auftreten, Menschen gegeneinander ausspielen und Feindbilder schaffen, nur um politisch davon zu profitieren". Es gehe um eine Politik, "die den Namen christlich wirklich verdient".

Kritik kam am im "Quo vadis" auch an der von der oberösterreichischen Landesregierung beschlossenen Deckelung der Mindestsicherung. Notleidenden auch noch vom Existenzminimum etwas zu streichen, hielt der Wirtschaftsforscher Schulmeister für "einen Witz". Ein "linkes Programm" sei die Initiative nicht, sondern eine "Art Defensivfront quer zu allen traditionellen Lager, die in unserem Fall nicht nur aber sehr stark von christlicher Motivation getragen ist". Der gemeinsame Nenner aller Beteiligten sei das Bekenntnis zum Sozialstaat, "der in den letzten Jahren immer mehr ausgehöhlt wird".

Von der Initiative erwarte er sich "sehr viel", denn anders als bei einem Volksbegehren steuere diese nicht auf einen Höhepunkt zu und

flache dann wieder ab, sondern könne langsam aber kontinuierlich weiterwachsen. Es gehe nicht darum, "seitenlange Ergüsse zu verfassen", sondern sich im Namen der Initiative immer wieder kurz und prägnant zu aktuellen politischen Themen zu Wort zu melden. Eine Gesellschaft, in der jeder nur nach seinem eigenen Vorteil trachte, sei keine denkbare Alternative, so Schulmeister, der die aktuell vorherrschenden Wirtschaftstheorien kritisierte, zumal die propagierte Marktfreiheit in Kombination mit "knallhartem Egoismus" nicht aus der Krise führen könne. Im Blick auf Initiativen wie "Christlich geht anders" zeigte sich Schulmeister überzeugt, "dass 70 bis 80 Prozent der Österreicher hinter den Kernforderungen stehen, würde man sie nur direkt fragen".

Ein klares Bekenntnis legte der Ökonom auch zu einer Vermögenssteuer ab. Nettovermögen ab rund 100.000 Euro sollten mit 0,5 Prozent besteuert werden, "das tut den Reichen nicht weh". Fakt sei, dass es immer wieder Vermögende gäbe, die freiwillig spenden, "aber wir brauchen hier einen Hebel, der gesetzlich greift", denn, "wenn das nicht politisch erzwungen wird, wird es immer viele geben, die es einfach nicht tun".

Den Ansporn der Katholischen Jugend sich an der Initiative zu beteiligten, legte Vera Hofbauer dar. "Wir wollen Jugendliche für globale Zusammenhänge und gesellschaftliche Vor-

gänge sensibilisieren und sie zu sozialem, politischem Engagement ermutigen." Das Bibelwort "Ihr seid das Salz der Erde" sei zugleich Auftrag, der "mit Leben gefüllt werden muss". Als Rückendeckung dafür verstehe die KJ die Aussagen von Papst Franziskus beim letztjährigen Weltjugendtag in Krakau, der die Jugendlichen dazu aufrief, hinauszugehen und die Welt zu gestalten.

Ökumenische Initiative

Den Grundtext zur Initiative haben bereits im Herbst des Vorjahrs rund 100 Erstunterzeichner unterschrieben, darunter u.a. ÖRKÖ-Vorsitzender Landessuperintendent Thomas Hennefeld, der serbische Bischof Andrej Cilerdzic, die Präsidentin der Katholischen Aktion, Gerda Schaffelhofer, zahlreiche Professorinnen und Professoren der Theologischen Fakultäten oder auch die Spitzenvertreter der heimischen Ordensgemeinschaften, Abtpräses Christian Haidinger und Sr. Beatrix Mayrhofer.

Der Inhalt des Grundtextes ist wesentlich vom Ökumenischen Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) aus dem Jahr 2003 inspiriert, aber auch vom Projekt "Solidarische Gemeinde", in dem die Ergebnisse des Prozesses "sozialwort 10+" im Jahr 2013 zusammengefasst wurden. Koordiniert wird die Initiative von der Katholischen Sozialakademie (ksoe). (Infos: "www.christlichgehtanders.at")

Aleppo: Erste christliche Flüchtlinge kommen zurück

Syrische Ordensfrau Annie Dermerijan im "Kathpress"-Gespräch über aktuelle Sicherheitslage in nordsyrischer Metropole, Not der Menschen und Bemühungen der Kirchen um Versöhnung

Wien-Damaskus (KAP) Zigtausende Christen sind in den vergangenen Jahren aus der nordsyrischen Stadt Aleppo geflohen. Nun sind 15 christliche Familien aus Frankreich, Deutschland und Venezuela nach Aleppo zurückgekehrt, wie die syrische Ordensfrau Annie Dermerijan gegenüber "Kathpress" berichtete. Diese Rückkehrer stünden für die Hoffnung, dass die Christen noch eine Zukunft in Syrien haben. Sr. Annie Dermerijan ist auf Einladung der Hilfsorganisation "Kirche in Not" in Österreich und gab bei der "Langen Nacht der Kirchen" in der Wiener Schottenkirche einen Lagebericht über Syrien.

Aleppo galt über Jahre als "syrisches Stalingrad" und war die am heftigsten umkämpfte

Stadt im Land. Im vergangenen Dezember zogen die letzten Rebellen bzw. islamistischen Kämpfer ab, seither ist die Stadt unter Kontrolle der Assad-Truppen. Maximal 35.000 Christen leben noch in Aleppo, so die Ordensfrau.

Die Sicherheitslage habe sich in der Stadt in den vergangenen Monaten wesentlich gebessert, sagte Sr. Annie. Doch die Menschen würden nach wie vor im Alltag ums Überleben kämpfen. Die wirtschaftliche und soziale Situation sei dramatisch. Die Menschen hätten im strengen Winter große Not gelitten. Für Strom aus Generatoren müssten die Menschen horrenden Preise bezahlen. Ohne Strom und Öl sei es vielen nicht möglich gewesen, sich ausreichend vor der Kälte

zu schützen, und viele saßen nach wie vor im Dunkeln. Am schlimmsten treffe es Kinder und alte alleinstehende Personen. Viele Kranke seien gestorben, weil sie sich Operationen nicht leisten konnten. Zu Kriegsbeginn seien auch viele Ärzte entführt worden, viele weitere seien deshalb auch geflohen. Nun werde die medizinische Versorgung langsam wieder besser.

Ausharren um zu helfen

Sr. Annie gehört der Gemeinschaft der "Schwestern Jesu und Mariens" an. Gemeinsam mit ihren vier Mitschwestern und vielen freiwilligen Helfern setzt sie sich seit Jahren in Aleppo, Damaskus und Hasake für Menschen in Not ein. Tausende Familien haben die Ordensfrauen seit Kriegsbeginn mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Wasser oder finanzieller Unterstützung für Strom, vor allem aber auch mit menschlicher Zuwendung unterstützt. Auch zu den schlimmsten Kriegszeiten blieben die Frauen vor Ort. Die meisten ihrer Schützlinge sind Christen, sagte Sr. Annie, doch sie würden genauso auch Muslimen helfen. "Wer immer an unsere Tür klopft, wir sehen in ihm Christus. Wir helfen jedem", betonte die Ordensfrau.

Eine Besonderheit ist die Hilfe der Schwestern in Hasake im Nordosten des Landes. Die Schwestern sind in der Regel nicht selbst vor Ort, stehen aber in engem Kontakt mit einer Gruppe von Freiwilligen, die von einem syrisch-orthodoxen Priester geleitet wird. Für und über diese Gruppe organisieren die Ordensfrauen Hilfslieferungen. Rund 300 Familien in Hasake kann so geholfen werden, wie Sr. Annie berichtete.

Vor dem Krieg sei das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Syrien ausgesprochen gut gewesen, sagte die Ordensfrau:

"Das war überhaupt keine Frage, ob jemand Christ oder Muslim war. Wir haben miteinander gelebt und einander respektiert." Dieses gute Verhältnis habe durch den Krieg freilich Risse bekommen. Trotzdem: In jenen Teilen, die nicht von Islamisten, sondern von der Assad-Regierung beherrscht werden, würden die Religionen immer noch recht gut miteinander könne.

"Viele Seelen zerbrochen"

In Damaskus und Aleppo hätten rund um das 100-jährige Fatima-Jubiläum öffentliche Marienprozessionen stattgefunden, und die muslimischen Passanten hätten dies sehr wohlwollend goutiert, berichtete die Ordensfrau. - Die christliche Gemeinschaft in Aleppo feierten am 13. Mai gemeinsam das Fatima-Jubiläum und weihten die zweitgrößte Stadt Syriens der Muttergottes. - Die Kirchen und auch viele andere bemühten sich um Dialog und Versöhnung, so Sr. Annie. Doch das brauche Zeit. "So viel Seelen sind in diesem grausamen Krieg zerbrochen."

Der Krieg und die Not habe zumindest die verschiedenen christlichen Kirchen im Land näher zueinander gebracht, so die Ordensfrau: "Wir helfen einander, so gut es geht." Die 52-jährige Nonne ist selbst das beste Beispiel gelebter Ökumene: Ihr Vater gehört der armenisch-apostolischen Kirche, an, die Mutter ist griechisch-katholisch, Sr. Annie selbst ist armenisch-katholisch und ihre Ordensgemeinschaft gehört zur römisch-katholischen Kirche.

Zur politischen Situation wollte sich die Ordensfrau nicht äußern. Ob es in Syrien auch moderate Rebellen gibt? Sie sehe keine, antwortete sie. Kritik übte Sr. Annie an den Medien, die von Anfang oftmals falsche bzw. einseitig über den Konflikt berichtet hätten.

Wien: Tausend Teilnehmer bei Kundgebung für verfolgte Christen

Kardinal Schönborn und zahlreiche weitere Kirchenvertreter führten CSI-Schweigemarsch durch die Wiener Innenstadt an - CSI-Generalsekretär Kuhn: "Einsatz für Religionsfreiheit ist es wert, auf die Straße zu gehen"

Wien (KAP) Knapp tausend Teilnehmer, allen voran Kardinal Christoph Schönborn, haben am Nachmittag des 9. Juni am Schweigemarsch für verfolgte Christen durch die Wiener Innenstadt teilgenommen. An der von "Christian Solidarity International Österreich" (CSI) organisierten Veranstaltung nahmen u.a. der serbische Bis-

chof Andrej (Cilerdzic), der evangelische Altbischof Herwig Sturm, der katholische Wiener Weihbischof Franz Scharl und weitere Vertreter der christlichen Kirchen teil. Besonderer Gast war die syrische Ordensfrau Annie Dermerijan, die sich seit Jahren in Aleppo und Damaskus für die unzähligen Opfer des Syrienkrieges einsetzt.

"Der Einsatz für Religionsfreiheit, auch und gerade für Christen, ist es wert, auf die Straße zu gehen, denn es ist auch unsere eigene Freiheit, die auf dem Spiel steht", betonte CSI-Generalsekretär Elmar Kuhn eingangs.

"Wir demonstrieren nicht, sondern wir erinnern daran, wie viele Christen weltweit verfolgt werden, aber auch, wie viele andere Menschen unter Gewalt leiden. Und wir beten für den Frieden und für Gerechtigkeit", sagte Kardinal Schönborn gegenüber der Nachrichtenagentur "Kathpress" zu Beginn des Marsches.

Im Hinblick auf die dramatische Situation der Christen im Nahen Osten kam der Kardinal auf seinen jüngsten Besuch in den USA zu sprechen. Gemeinsam mit dem chaldäischen Patriarchen Louis Raphael I. Sako, dem syrisch-orthodoxen Patriarchen Ignatius Afrem II. Karim und dem syrisch-katholischen Patriarchen Ignatius Joseph III. Younan war er in Washington mit US-Vizepräsident Mike Pence und Vertretern des State Departments zusammengetroffen. Die US-Regierung habe im Anschluss signalisiert, dass sie der Sicherheit der Christen im Nahen Osten mehr Aufmerksamkeit widmen wolle. "Das Thema ist jetzt zumindest deutlicher auf der Agenda der US-Regierung", so Schönborn wörtlich.

In seiner kurzen Ansprache im Rahmen des Schweigemarsches kam der Wiener Erzbischof einmal mehr auf seinen Besuch im vergangenen Herbst in Ägypten zu sprechen. Eine Begegnung mit den Familienangehörigen jener koptischen Christen, die in Libyen von IS-Terroristen bestialisch wegen ihres Glaubens ermordet wurden, habe ihn dort zutiefst bewegt. Sie hätten eindrucksvoll die christliche Botschaft verdeutlicht, "dass man auf Hass nicht mit Hass antworten darf, sondern für jene beten muss, die einen verfolgen".

Der serbische Bischof Andrej (Cilerdzic) bekundete in seiner Ansprache die Solidarität der orthodoxen Christen mit allen wegen ihrer Religion verfolgten Menschen. Die Wiener VP-Gemeinderätin Gudrun Kugler würdigte die jüngste Entscheidung des österreichischen Nationalrats, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der Terrorgruppe "Islamischer Staat" (IS) gegen Christen, Jesiden und andere religiöse und ethnische Minderheiten als Völkermord einzustufen. Vorausgegangen war dem auch ein ähnlicher Beschluss des Wiener Gemeinderats. "Der Schutz religiöser und eth-

nischer Minderheiten ist uns ein Anliegen, für das wir uns auf allen Ebenen mit ganzer Kraft einsetzen", sagte Kugler.

Der Schweigemarsch führte vom Hauptportal des Stephansdoms über den Graben und den Kohlmarkt zur Augustinerkirche. Dort wurde im Rahmen eines Ökumenischen Gebets all jener Menschen gedacht, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden.

Bericht aus dem syrischen "Stalingrad"

In der Augustinerkirche berichtet die syrische Ordensfrau Annie Dermerijan vom Krieg in ihrem Land und dem Leiden der Menschen. Sr. Annie gehört der Gemeinschaft der "Schwestern Jesu und Mariens" an. Gemeinsam mit vier Mitschwestern und vielen freiwilligen Helfern setzt sie sich seit Jahren in Aleppo und Damaskus für Menschen in Not ein. Tausende Familien haben die Ordensfrauen seit Kriegsbeginn mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Wasser oder finanzieller Unterstützung für Strom, vor allem aber auch mit menschlicher Zuwendung unterstützt. Auch zu den schlimmsten Kriegzeiten blieben die Frauen vor Ort.

Die Ordensfrau berichtete von unvorstellbaren Zuständen in der nordsyrischen Stadt Aleppo, die über Jahre als "syrisches Stalingrad" galt und die am heftigsten umkämpfte Stadt im Land war. Sie berichtete von Kindern, die ihre Schularbeiten auf dem Boden von Klassenzimmern hockend schreiben mussten, während durch Granatenbeschuss der Verputz von den Decken fiel. Monatelang hätten die Menschen ohne Strom und fast ohne Wasser überleben müssen. Unzählige Menschen seien gestorben.

Im vergangenen Dezember zogen die letzten Rebellen bzw. islamistischen Kämpfer ab, seither ist Aleppo unter Kontrolle der Assad-Truppen. Die Sicherheitslage habe sich in der Stadt verbessert, die Menschen, Muslime wie Christen, schöpften wieder Hoffnung, schilderte Sr. Annie. Die Christen wollten in Syrien bleiben, betonte die Ordensfrau, "denn das ist auch unser Land. Wir gehören hier her."

Für die musikalische Gestaltung des Schweigemarsches bzw. der Abschlusskundgebung in der Augustinerkirche sorgte u.a. ein Jugendchor der syrisch-orthodoxen Kirche. Die Schlusskundgebung ging nahtlos in den Eröffnungsgottesdienst zur "Langen Nacht der Kirchen" über.

Schönborn: Fatima soll "Vertiefung des Glaubens" ermöglichen

"Sommerkino" des Rosenkranz-Sühnekreuzzugs am 22. Juni in der Wiener Franziskanerkirche unter dem Motto "Die Ereignisse von Fatima und ungeahnte Folgen"

Wien (KAP) Mit einem "Sommerkino" in der Wiener Franziskanerkirche setzt der Rosenkranz-Sühnekreuzzug (RSK) sein umfangreiches Programm im Jubiläumsjahr "100 Jahre Fatima und 70 Jahre RSK" fort. Der Kinoabend am 22. Juni um 19 Uhr steht unter dem Motto: "Die Ereignisse von Fatima und ungeahnte Folgen". Wie Kardinal Christoph Schönborn im Vorfeld des Sommerkinos im "Kathpress"-Interview betont, sei kein Katholik verpflichtet, an die Marienerscheinungen von Fatima oder Lourdes zu glauben. Freilich seien solche Privatoffenbarungen, noch dazu, wenn sie von der Kirche offiziell anerkannt sind, "sehr kostbar". Denn: Sie dienten als "Verstärkung, Vertiefung und Verlebendigung" des persönlichen Glaubens, so Schönborn: "Sie helfen, den verbindlichen gemeinsamen Glauben tiefer zu leben".

Erzbischof Franz Lackner zeigte sich gegenüber "Kathpress" überzeugt, dass die Botschaft von Fatima auch nach 100 Jahren nichts von ihrer Aktualität verloren habe. "Es ist eine Botschaft des Friedens, der Umkehr, der Sühne und des Gebets." Die Welt "blutet aus vielen Wunden", und so brauche es Menschen, "die bereit sind, aus der Hingabe an die Mutter Gottes zu leben." Als eine vordringliche Herausforderungen nannte der Erzbischof u.a. die Bewahrung der Schöpfung und den Einsatz für das Leben vom Anfang bis zum Ende.

Persönlich habe ihm das Rosenkranzgebet geholfen, als junger Mann nach einer Zeit der Gottesferne wieder zum Glauben und zum Gebet zu finden, räumte der Salzburger Erzbischof ein: "Eigentlich vergeht kein Tag, an dem ich nicht den Rosenkranz bete."

Christentum und Sühne

Kardinal Schönborn unterstrich den originär christlichen Sinn von "Sühne", der zum Kern der Fatimat-Botschaft gehört. Während in manch anderen Religionen unter Sühne verstanden wird, dass der Mensch durch Taten oder Opfer versuchen müsse, Gott zu versöhnen, sei es in der Bibel genau umgekehrt. Gott schenke zuerst von sich aus die Möglichkeit, sich neu mit ihm zu versöhnen. Das größte Werk der Versöhnung

Gottes liege darin, "dass er uns seinen Sohn geschenkt hat. Er ist die Sühne für unsere Sünden." Sühne sei so vor allem ein "Werk der Liebe Gottes". Schönborn: "Gott selbst will unsere Versöhnung, mit ihm und untereinander."

Im Rahmen des Sommerkinos in der Franziskanerkirche werden zwei Kurzfilme mit Kommentar des Russland-Experten Prof. P. Bonifaz Tittel gezeigt. Den neu bearbeiteten Kurzfilmen "Gottes Ruf in unserer Zeit" und "Die stille Kraft" sind zwei Videostatements von Kardinal Schönborn und Erzbischof Lackner zur Einführung vorangestellt. Beide fungieren gemeinsam als Schirmherrn des RSK.

"Geheimnisse von Fatima"

In Fatima war erstmals am 13. Mai 1917 Maria den Hirtenkindern Francisco Marto, Jacinta Marto und Lucia dos Santos erschienen. Durch Mundpropaganda wurden die Kinder und der Ort berühmt. Während einer weiteren Erscheinung am 13. Juli 1917 sprach Maria erstmals jene Prophezeiungen aus, die als "Geheimnisse von Fatima" bekannt wurden. Laut Seherin Lucia (1907-2005), die als einzige der drei Kinder das Erwachsenenalter erreichte, enthielt der erste Teil die Vorhersage eines weiteren Weltkrieges. Das zweite Geheimnis bestand laut Lucia darin, dass Russland sich nach einer Weihe an das "Unbefleckte Herz Mariens" bekehren werde. Den dritten Teil der Weissagung schrieb die Ordensfrau 1944 nieder und verfügte, dass der Text nicht vor 1960 veröffentlicht werden dürfe. Erst Johannes Paul II. publizierte das "dritte Geheimnis" anlässlich der Seligsprechung von Jacinta und Francisco am 13. Mai 2000.

Der Text enthält auch die Vision eines "Bischofs in Weiß", der von Schüssen getroffen zusammenbricht. Schwester Lucia und Johannes Paul II. sahen darin einen Bezug auf das Papstatentat vom 13. Mai 1981. Nach dem französischen Lourdes ist Fatima der meistbesuchte Marienwallfahrtort in Europa.

Der "Rosenkranz-Sühnekreuzzug um den Frieden der Welt" wurde am 2. Februar 1947 vom Franziskaner Petrus Pavlicek (1902-1982) in Wien gegründet. Die Gebetsgemeinschaft setzte

sich in ihren Anfangsjahren besonders aktiv für die Unabhängigkeit Österreichs ein und zählte 1955 bereits an die 700.000 Mitglieder, ehe ab der Errichtung des "Eisernen Vorhangs" 1961 die Zahl der Beteiligten auch in anderen Ländern rasch zunahm. Bisher 2,3 Millionen Beitritte aus 132 Ländern verzeichnete die Gemeinschaft, die sich besonders der Förderung der Marienverehrung und des Rosenkranzgebetes für den Frieden verschrieben hat, in den vergangenen sieben Jahrzehnten. Auch heute noch ist die Mitgliederzahl RSK-Angaben zufolge sechsstellig.

Festreigen geht weiter

Zu den weiteren Höhepunkten im Jubiläumsjahr "100 Jahre Fatima und 70 Jahre RSK" gehören

u.a. noch eine Wallfahrt nach Mariazell (15. Juli), ein ORF/ZDF-Fernsehgottesdienst (8. Oktober) und ein Festmahl für die Armen von Wien (18. November) im Curhaus St. Stephan. Besonders feierlich wird auch die traditionelle "Mariä Namen-Feier" am 9. und 10. September 2017 im Wiener Stephansdom begangen, zu der erneut tausende Gläubige sowie Kardinal Christoph Schönborn, Erzbischof Franz Lackner und Bischof Erwin Kräutler erwartet werden. Endpunkt der Jubiläumsfeiern ist am 14. Dezember ein Gottesdienst in der Wiener Franziskanerkirche mit dem emeritierten Kölner Erzbischof Kardinal Joachim Meisner.

(Website zum Jubiläumsjahr bzw. zum Jubiläumsprogramm: www.rsk-ma.at)

Abt Perkmann: Klöster müssen ökologisch wirtschaften

Leiter der Benediktinerabtei Michaelbeuern: "Verantwortung, Grundbesitz ökologisch zu verwalten und Vorbildwirkung gegenüber der Bevölkerung zu entfalten"

Salzburg (KAP) Einen "besonderen Auftrag der Klöster" auch in ökologischer Hinsicht hat der Abt der Salzburger Benediktinerabtei Michaelbeuern, Johannes Perkmann, hervorgehoben. Durch ihren vorhandenen Grundbesitz stünden die Stifte des Landes in der Verantwortung, diesen ökologisch gerecht zu bewirtschaften, zudem müssten sie auch ihrer Vorbildwirkung gegenüber der Bevölkerung gerecht werden. Maßstab für schöpfungsgerechtes Verhalten seien dabei das Evangelium und die Verantwortung Gott und dem Menschen gegenüber, betonte der Abt in einem Videoclip des Medienbüros der Ordensgemeinschaften.

Die meisten Klöster kämen diesem Auftrag eines schöpfungsbewahrenden Wirtschaftens bereits nach, auch wenn es immer "Luft nach oben" gäbe, so Perkmann. Beispiele hierfür sein etwa Hackschnitzelheizungen, wie es sie in vielen Klöstern schon gäbe. Aber auch überall dort, "wo es Gärten gibt, wo es um die Einkaufsgerechtigkeit geht, da würde ich schon sagen, dass Orden sehr viel tun".

Sein Kloster verfüge über eine Photovoltaik-, Hackschnitzel- und Biogasanlage, decke damit den eigenen Energiebedarf und versorge gleichzeitig das gesamte Klosterdorf inklusive der Privathaushalte. Herzstück sei dabei die Hackschnitzelanlage mit einer Leistung von einem Megawatt an Heizenergie, die für das Stift und 39 Haushalte in ein Fernwärmesystem von zwei Kilometern Länge gepumpt wird. Abhängig vom Ölpreis, sei das Fernwärmesystem manchmal etwas teurer. Perkmann sprach aber von einem Beitrag zur "Bewusstseinsbildung, sich trotzdem für die ökologisch bessere Variante zu entscheiden".

Gerechtes Wirtschaften bedeute für den Ordensmann, "Gerechtigkeit in vielen Dimensionen gerecht zu werden; der Schöpfung, dem Menschen und auch dem Auftrag als Kloster, das Evangelium ins Leben zu übersetzen". Auch in der zum Stift gehörigen Neuen Mittelschule versuche man darauf hinzuweisen, dafür zu sensibilisieren und dies in die Tat umzusetzen. (Infos: www.ordensgemeinschaften.at)

Sr. Mayrhofer: Film "Agnus Dei" lenkt Blick auf Frauennot heute

Ordensfrauen-Präsidentin verweist nach Vorführung des Films über Vergewaltigungen in polnischem Frauenkloster auf Einsatz österreichischer Ordensfrauen für Zwangsprostituierte

Wien (KAP) Der Film "Agnus Dei" über Ordensfrauen, die von Soldaten zur Zeit des Zweiten Weltkriegs vergewaltigt wurden, zeigt eine grausame Geschichte aus der Vergangenheit und lenkt den Blick zugleich auf die Not heutiger Frauen: Wie Sr. Beatrix Mayrhofer, Präsidentin der Frauenorden Österreichs, nach einer Vorführung des Films am 19. Juni hinwies, werde Vergewaltigung bis heute als Kriegsmittel eingesetzt. "Deshalb gilt es ungeschminkt hinzuschauen, was Frauen auch heute noch weltweit angetan wird." Mayrhofer brachte den Einsatz österreichischer Ordensfrauen für Zwangsprostituierte und von Gewalt betroffene Frauen in das Podiumsgespräch im Wiener "Filmcasino" ein: "Es sind unsere Schwestern, die von Gewalt und Missbrauch getroffen sind."

Die Frauenorden-Präsidentin nahm eine Einladung des Religionsjournalisten und Filmexperten Otto Friedrich ("Die Furche") an, über einen jüngst in Österreich angelaufenen Film zu sprechen, der auf der Basis wahrer Begebenheiten aus dem frühen Nachkriegspolen harte Kost bietet: Die französische Regisseurin Anne Fontaine verdichtete in "Agnus Dei" (Fr./Pl. 2016) Ereignisse rund um systematische Vergewaltigungen von Ordensfrauen durch Soldaten zu einem erschütternden Spielfilm, der laut einer Ankündigung zeigt, "dass die Fragen von (Un-)Schuld und Verstrickung an Klostertüren keineswegs haltmachen." Denn: "Eine hermetische Welt mit rigorosen Moralvorstellungen und einem unmenschlichen Verständnis von Gehorsam quält die jungen Schwestern und Mütter - denn was nicht sein darf, kann nicht sein."

"Agnus Dei" ein "therapeutischer Film"

"Der Film zeigt eine Realität, die erst jetzt historisch aufgearbeitet wird. Er ist furchtbar und gut zugleich, weil er die Wirklichkeit erzählt", kommentierte Sr. Mayrhofer das eben Gesehene. "Agnus Dei" könne ein "therapeutischer Film" sein, "auch wenn er spät - vielleicht auch zu spät - kommt". Die Ordensverantwortlichen im Film wollten das Richtige machen und landeten doch "in verheerenden Verstrickungen", sagte die Angehörige der Schulschwestern. Die Gelübde wurden in vorkonziliarer Zeit noch ganz anders verstanden, wies sie hin: "Der Gehorsam war ein blinder Gehorsam, und Keuschheit war als tiefe Leibfeindlichkeit verstanden und gefordert."

Heute werde Gehorsam als "ehrliche und gemeinsame Frage danach verstanden, was Gott von uns will". Das persönliche Gewissen bleibe dabei letzte Instanz, erklärte Mayrhofer. Und Keuschheit werde heute als "gottgeweihte Ehelosigkeit" gesehen, die geistliche Früchte hervorbringen solle. "Aber es ist immer eine Frage und fast täglich eine neue Herausforderung: Was heißt es, in der heutigen Zeit als Ordenschrist oder Ordenschristin zu leben? Da bleiben wir am Suchen", bekannte die Ordensvertreterin.

Konkret werde gesellschaftlich wirksames Christsein etwa im von Ordensfrauen getragenen Verein "SOLWODI" ("Solidarity with women in distress"; Solidarität mit Frauen in Not), der sich heutigen Opfern von Zwangsprostitution und Frauenhandel annimmt. Mayrhofer: "Es braucht eine Solidarität von Frauen weltweit, weil Vergewaltigung auch heute eine oft übersehene Realität ist."

Schönborn: Ostererfahrung ist der eigentliche christliche Wert

Wiener Erzbischof: Christen sollten anderen, etwa Muslimen, das Bekenntnis zu Jesus als Herrn und Gott "glaubwürdig anbieten" - Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen des Wiener Salesianerinnenklosters

Wien (KAP) Christentum lebt aus der Urerfahrung, dass Jesus der Herr ist und es sich lohnt, ihm nachzufolgen, hat Kardinal Christoph Schönborn am 11. Juni beim 300-Jahr-Jubiläum

des Salesianerinnenklosters in Wien-Landstraße betont. Die Ostererfahrung der Jünger in Galiläa, als sie den auferstandenen Jesus "Herr" nannten, stehe auch hinter den prunkvollen barocken

Gotteshäusern und sie sei der eigentliche zentrale christliche Wert, erinnerte der Wiener Erzbischof.

Die Christen sollten anderen - etwa Muslimen - das Bekenntnis zu Jesus als Herrn und Gott "glaubwürdig anbieten" Dieser Glaube sei etwas, das der Islam "nicht kennt, nicht versteht, aber vielleicht im Innersten doch bereit wäre - jeder Einzelne in seinem Suchen -, zu entdecken", betonte Schönborn. Denn er frage sich manchmal "mit ein wenig Sorge, auch Beklommenheit", ob die ganze barocke Pracht einer Kirche wie jener neben dem Belvedere gelegenen "nur eine Immobilie (...), eine Ansammlung von Schätzen" sei.

Möglich werde Glaubwürdigkeit der Christen Andersgläubigen gegenüber dann, wenn - so der Wiener Erzbischof -, "hinter den berühmten christlichen Werten nicht nur ökonomische Werte, Buchwerte, Kunstwerte stehen", sondern "eine echte Erfahrung des Glaubens an Jesus als Herr und Gott". Ohne diese Erfahrung "werden wir manchmal schon etwas müde Christen" nicht in der Lage sein, dem Islam und der heutigen Zeit zu bezeugen, was die christliche Urerfahrung beinhaltet.

Mit dem Dankgottesdienst gingen am 11. Juni die Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen des Salesianerinnenklosters in Wien weiter. Die Grundsteinlegung des Klosters im dritten Wiener Gemeindebezirk erfolgte am 13. Mai 1717, genau am Tag der Geburt von Kaiserin Maria Theresia (1717-1780), die den Konvent später als ihre "Zwillingschwester" bezeichnete und ihm zeitlebens sehr verbunden war. Das Kloster am Rennweg ist das älteste bestehende Frauenkloster Wiens.

Im Anschluss an den Gottesdienst fand in den Räumlichkeiten der Musikuniversität Wien im Kloster ein Festakt statt, in dem das 200-jährige Bestehen der Musikuniversität gefeiert wurde. Die Verbindung zwischen Kloster und Musikuniversität besteht darin, dass seit 1988 ein großer Teil der Räume des Klosters an die Musikuniversität vermietet ist. Im Rahmen des Festakts wurde auch das neue Buch "Das Kloster der Kaiserin - 300 Jahre Salesianerinnen in Wien" präsentiert.

Weitere Höhepunkte im Jubiläumsjahr sind am 2. Juli ein Hochamt zum Fest der Heimsuchung Mariens, im August das Fest der Hl. Johanna Franziska, der Mitbegründerin des

Ordens und Freundin des Hl. Franz von Sales, sowie im November das Fest der sieben bereits seliggesprochenen Märtyrerinnen des Heimsuchungsklosters von Madrid.

"Orden von der Heimsuchung Mariens"

Die Initiative zum Bau des Wiener Heimsuchungs-Klosters ging von Kaiserin Wilhelmine Amalia, der Witwe Kaiser Josephs I., aus. Sie wollte nach dem Tod ihres Mannes ihren Lebensabend in einem Kloster verbringen, fand dafür in Wien aber keine passende Gemeinschaft. So reifte der Plan, selbst ein Kloster zu stiften, das auch eine Bildungsstätte für junge Mädchen sein sollte. Die Kaiserin lebte vom Jahr 1722 bis zu ihrem Tod 1742 im Kloster, dessen 1721 errichtetes Mädchenpensionat bis 1927 bestand.

Seit 1988 ist ein großer Teil der Räume des Klosters an die Musikuniversität Wien vermietet. 2007 stand das Kloster kurz im grellen Licht der Öffentlichkeit, als Papst Benedikt XVI. (2005-2013) zum Auftakt seines damaligen Wien-Aufenthalts auf dem Weg vom Flughafen in die Innenstadt kurz bei den Salesianerinnen Station machte und dort in das "Papamobil" umstieg.

Der Orden der Salesianerinnen - ihr Gründungsname ist der "Orden von der Heimsuchung Mariens" - wurde am 13. August 1610 von Johanna Franziska von Chantal und Franz von Sales in Frankreich gegründet. Ursprünglich wirkten die Mitglieder karitativ, kümmerten sich vor allem um junge Mädchen aus dem verarmten Adel oder gehobenem Bürgertum und errichteten Schulen und Pensionate. 1615 wurde die Gemeinschaft zu einem Klausurorden umgewandelt.

Weltweit gibt es rund 150 Klöster des Ordens, zwei davon in Österreich mit Niederlassungen in Wien und in Hall in Tirol. Beide Klöster gehören der Deutschsprachigen Föderation des Ordens an. In Wien leben 15 Schwestern, in Hall neun. Alle Klöster des Ordens sind autonom und unterstehen unmittelbar dem Heiligen Stuhl, sind zur gegenseitigen Unterstützung jedoch in Förderationen zusammengefasst. Die deutschsprachige Föderation der Schwestern der Heimsuchung besteht aus 10 Klöstern bzw. Gemeinschaften in Deutschland, Österreich, Kroatien und Tschechien mit insgesamt rund 120 Ordensfrauen.

Kirche mahnt zu Wahlkampf ohne Diffamierung politischer Gegner

Bischofskonferenz-Generalsekretär Schipka feiert mit Politikern aus Parlamentsparteien in Wien Gedenkmesse für selige Sozialreformerin und Ordensgründerin Hildegard Burjan

Wien (KAP) Politiker aller Couleure eint trotz inhaltlicher Auseinandersetzungen und vielfacher Spannungen ihr Einsatz für das Gemeinwesen. Daran hat der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, bei einem Gottesdienst mit Politikern aller Parlamentsparteien in Wien erinnert. "Ihr wollt je nach politischer Ausrichtung Unterschiedliches und doch das Gleiche: nämlich die Welt besser machen", wandte er sich an die anwesenden Volksvertreter. Schipka nutzte die Gedenkmesse für die Sozialreformerin und Ordensgründerin Hildegard Burjan (1883-1933) in diesem Sinn auch zu einem Appell: Ausdrücklich plädierte er für einen Wahlkampf, der inhaltliche Positionierungen vor bloße Emotionalisierung oder die reine Diffamierung politischer Gegner stellt.

Zu dem Gottesdienst hatten die Landtagsabgeordneten Peko Baxant (SP) und Lukas Mandl (VP) sowie die Nationalratsabgeordneten Andreas Karlsböck (FP), Gabriela Moser (Grüne), Nikolaus Scherak (NEOS) und Waltraud Dietrich (Team Stronach) gemeinsam in die Wiener Deutschordenskirche eingeladen. Hildegard Burjan war als verheiratete Frau und Mutter Gründerin der geistlichen Schwesterngemeinschaft "Caritas Socialis" (CS) und 1919 unter den acht ersten weiblichen Abgeordneten in österreichischen Parlament. Vor fünf Jahren wurde sie, als weltweit erste demokratisch gewählte Parlamentarierin, von der katholischen Kirche seliggesprochen. Die Messe zu ihrem kirchlichen Gedenktag am 12. Juni feierten unter anderen auch der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel und CS-Generalleiterin Sr. Susanne Krendelberger mit.

Ob Politik christlich ist, zeige sich sowohl an der Art, wie Politik gemacht wird, als auch am Inhalt der politischen Positionen, betonte Bischofskonferenz-Generalsekretär Schipka in seiner Predigt vor den Abgeordneten. Eine von christlichen Grundsätzen getragene Wahlauseinandersetzung sei durch Wahlwerbung gekennzeichnet, die beim "mitunter auch notwendigen Wecken von Emotionen" vor allem die eigenen politischen Positionen vermittle, hielt er fest. Dem gegenüber stehe eine Wahlauseinandersetzung, in der "man den Wahlkampf sucht, in

dem die Emotionalisierung vor der inhaltlichen Positionierung steht - oder gar einen Wahlkrieg, in dem es bloß nur mehr darum geht, den politischen Gegner bloßzustellen, ihn zu diffamieren und zu beseitigen".

Inhaltlich gebe es in jeder Partei Positionen, die dem christlichen Glauben entsprechen; gleichzeitig vertrete keine der Parteien im gleichen Maße alle politischen Positionen, die aus christlicher Überzeugung stammen, führte Schipka weiter aus. Er nannte in diesen Zusammenhang den umfassenden Schutz des menschlichen Lebens oder des freien Sonntags genauso wie den Schutz der Religionsfreiheit für alle Religionen, "aber auch das Herausstellen der Einzigartigkeit der Ehe gegenüber anderen menschlichen Beziehungs- und Partnerschaftsformen und gleichzeitig der Kampf gegen Diskriminierungen, also sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlungen". Weitere Punkte seien die Förderung der Familien ebenso wie der Schutz der Schöpfung, darunter zum Beispiel die Reduktion des CO₂-Ausstoßes, und nicht zuletzt der Einsatz für die Schwachen in der Gesellschaft.

Die gegensätzlichen, politischen Positionen der Politiker sehe er "aus christlicher Sicht weniger als Problem, sondern vielmehr als Chance", meinte Schipka: "Jeder kann auf seine Weise mit seiner eigenen politischen Position etwas dazu beitragen, dass nicht der Hunger nach Gerechtigkeit das letzte Wort hat, sondern die Gerechtigkeit, in der Leistungsfähige gefördert werden und Leistungsschwache ebenfalls; dass nicht die Verfolgung aus religiösen Gründen das letzte Wort hat, sondern die Freiheit, etwas zu glauben oder auch nicht zu glauben."

Auch die Spannungen im Leben der seligen Hildegard Burjan seien "nicht als solche bedeutsam, sondern bloß deshalb, weil sie produktiv geworden sind, weil sie die Welt zum Guten verändert haben", sagte Schipka in seiner Predigt. Burjan war verheiratet und hat gleichzeitig eine Gemeinschaft eheloser Frauen gegründet, erinnerte er. "Sie war Politikerin und Abgeordnete, die Rahmenbedingungen, Gesetze schaffen, und hat doch selber Hand angelegt bei

der Linderung der Nöte von Menschen." Die Selige habe sich zudem für die Rechte der Frauen und für die Rechte der Familien eingesetzt - "etwas, das eher heute als Widerspruch wahrgenommen wird als damals", fügte der Bischofskonferenz-Generalsekretär hinzu.

Sozialpionierin und Ordensgründerin

Hildegard Burjan wurde am 30. Jänner 1883 in sächsischen Görlitz in eine liberale jüdische Familie geboren. Mit ihrem Gatten Alexander übersiedelte sie 1909 nach Wien und begann sich hier, intensiv für die Randgruppen der Gesellschaft zu engagieren. Nach Heilung von einer schweren Krankheit konvertierte sie zur katholischen Kirche und ließ sich taufen.

1912 gründete Burjan den "Verband der christlichen Heimarbeiterinnen" und 1918 den Verein "Soziale Hilfe". Als Frauen 1919 erstmals das aktive und passive Wahlrecht ausüben konnten, zog Burjan als erste christlich-soziale Abgeordnete in das Parlament ein. Als verheiratete Frau und Mutter gründete sie im selben Jahr die geistliche Schwesterngemeinschaft "Caritas Socialis", mit dem Auftrag, soziale Not der Zeit zu erkennen und zu lindern.

Burjan setzte sich entschieden für die Gleichberechtigung der Frau, für die Bekämpfung der Kinderarbeit und für die Überwindung sozialer Missstände ein. Obwohl sie nur kurze Zeit dem Parlament angehörte, galt sie schon bald als dessen "Gewissen". Burjan stellte sich dem Elend großer gesellschaftlicher Schichten und verschloss vor Jugendkriminalität, Verwahrlosung und Prostitution nie die Augen.

Als im Jahr 1920 Neuwahlen anstanden, zog sich Burjan aus Rücksicht auf ihre stark angeschlagene Gesundheit und wegen der zunehmenden antisemitischen Strömungen auch innerhalb ihrer Partei aus dem Parlament zurück, blieb aber weiter politisch aktiv. Hildegard Burjan starb am 11. Juni 1933 an einem schweren Nierenleiden.

Lebendige Erinnerung

Erst Mitte Mai war am Wiener Rathaus eine Gedenktafel für Burjan enthüllt worden. Ebenso erinnert seit 2015 eine Stele im Stephansdom an die selige Ordensgründerin und Sozialpionierin. Im 15. Wiener Gemeindebezirk ist außerdem jene katholische Pfarre nach ihr benannt, in der sich die Neufünfhäuser Christkönigskirche befindet, die in den 1930er-Jahren auf Initiative Burjans errichtet wurde.

Ein lebendige Erinnerung bleibt auch das Wirken der "Caritas Socialis"-Einrichtungen, in denen heute 900 Mitarbeiter und Schwestern mit rund 300 ehrenamtlich Engagierten und 500 Praktikanten Menschen am Beginn und am Ende des Lebens unterstützen und so den Gründungsauftrag Hildegard Burjans erfüllen. In Wien bietet die CS professionelle Pflege und Betreuung für alte und chronisch kranke Menschen an. Zu den bekanntesten Einrichtungen zählt das CS Hospiz Rennweg, das derzeit umgebaut und erweitert wird. Die CS führt aber auch Kindergärten und Horte und ein Mutter-Kind-Haus für Mutter und Kind. "Caritas Socialis"-Schwestern wirken nicht nur in Österreich, sondern auch in Südtirol, Deutschland und Brasilien.

Jesuiten hoffen auf bessere Beziehungen zwischen China-Vatikan

China-Experte P. Tschiggerl in heimischen Kirchenzeitungen: Zuversicht, dass strittige Frage der Bischofsnennungen geklärt werden kann

Salzburg (KAP) Vorsichtig optimistisch, dass sich die Beziehungen zwischen dem Vatikan und China demnächst wieder verbessern könnten, hat sich P. Hans Tschiggerl, Leiter der Jesuitenmission in Wien, gegenüber der Kooperationsredaktion der heimischen Kirchenzeitungen gezeigt. Die Ernennung von Bischöfen ist seit langem zentraler Streitpunkt zwischen dem Vatikan und dem chinesischen Staat. Derzeit laufen Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und Peking, doch ob es tatsächlich zu einer

Einigung kommen wird, ist offen. Es gebe allerdings Hoffnung, so Tschiggerl: "Die Verhandlungen werden sehr diskret geführt, aber man hofft auf Diplomatie von beiden Seiten. In Diskussionen mit Priestern vor Ort höre ich immer wieder, dass die Entwicklungen positiv gesehen werden."

Auch der Jesuitenprovinzial von China, John Lee Hua, sei zuversichtlich, "dass die Frage der Bischofsnennungen bald geklärt ist", berichtete Tschiggerl, der regelmäßig in China un-

terwegs ist und gute Kontakte zu den Jesuiten vor Ort pflegt.

Der Vatikan beansprucht das Recht, Bischöfe frei zu bestimmen. China lehnt dies als Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Die Regierung besteht auf einer umfassenden Kontrolle über die katholische Kirche. Nach längerer Unterbrechung wurden chinesische Bischöfe seit 2007 in der Regel in Abstimmung zwischen Vatikan und Regierungsbehörden geweiht. Seit 2011 kehrte Peking immer wieder zur alten Praxis zurück und ordinierte Bischöfe ohne römische Genehmigung.

Der Vatikan und China unterhalten seit 1951 keine offiziellen Beziehungen mehr. Die Katholiken in China sind seit den 1950er Jahren in zwei Gruppen gespalten, die regimetreue "Patriotische Vereinigung" und die romtreue Untergrundkirche. Letztere ist staatlichen Repressalien ausgesetzt; mehrere Bischöfe und Priester sitzen in Haft.

Die Spaltung der Katholiken werde langsam überwunden, so P. Tschiggerl: "Die Leute vor Ort sagen, es ist besser, von der einen katholischen Kirche zu sprechen." Versöhnungsprozesse unter den Katholiken würden stattfinden und trotz aller Schwierigkeiten würden die katholische Kirche und das Christentum ganz generell in China wachsen. Nach inoffiziellen Angaben leben unter den rund 1,3 Milliarden

Einwohnern Chinas bis zu 13 Millionen Katholiken und insgesamt 50 Millionen Christen.

Ordensfrauen und -männer, die von auswärts kommen, könnten in China in der Lehre oder in der Sozialarbeit tätig sein, wenn sie sich den landesweiten Vorschriften und Regierungsrichtlinien anpassen, erläuterte P. Tschiggerl: "NGOs und Institutionen gegenüber, die helfen und unterstützen, ist der Staat offen. Die Sozialeinrichtungen der Jesuiten beispielsweise, die zuerst Lepradörfer waren, haben sich zu Sozialzentren entwickelt."

Der Tiroler Jesuit Luis Gutheiz etwa lebe seit mehr als 50 Jahren in China und Taiwan im Dienst für die Leprakranken. Im Zentrum "Casa Ricci Social Service" (CRSS) der Jesuiten, das vor 30 Jahren gegründet wurde, werden kranke und sozial benachteiligte Menschen betreut. Insgesamt leitet CRSS 50 Programme in 13 chinesischen Provinzen, darunter 64 Leprastationen und fünf Aidszentren.

Jesuiten, die als Sozialethiker tätig sind, würden auch in Betriebe eingeladen. Das werde von staatlicher Seite toleriert, aber auch genau beobachtet, ob Kritik gegenüber dem Staat geübt wird, so Tschiggerl. In China sind 170 Jesuiten aus 30 verschiedenen Ländern weltweit im Einsatz. Sie arbeiten auf dem Festland China, in Macao, Taiwan und Hongkong.

Requiem für Alois Mock: Kirche und Politik sagen Dank

Weihbischof Krätzl stand Gottesdienst im Stephansdom vor - Fast gesamte politische Spitze Österreichs und darüber hinaus erwies verstorbenem früheren Außenminister die letzte Ehre - Krätzl: "Dank an Alois Mock dafür, was er in mehr als drei Jahrzehnten für Österreich getan hat, vor allem aber, wie er sein Zeugnis als christlicher Politiker gegeben hat"

Wien (KAP) Mit einem Requiem im Wiener Stephansdom hat sich am 13. Juni das offizielle Österreich vom verstorbenen früheren Außenminister und VP-Obmann Alois Mock verabschiedet. Dem Gottesdienst stand der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl vor. Bundeskanzler Christian Kern, Vizekanzler Wolfgang Brandstetter, Außenminister Sebastian Kurz sowie zahlreiche weitere Minister, die Nationalratspräsidenten Doris Bures und Karlheinz Kopf, zahlreiche Landeshauptleute, Alt-Bundespräsident Heinz Fischer und viele weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft erwiesen Mock die letzte Ehre.

Namens der Kirche wolle er Mock dafür danken, "was er in mehr als drei Jahrzehnten für Österreich getan hat, vor allem aber, wie er sein Zeugnis als christlicher Politiker gegeben hat", so Weihbischof Krätzl in seiner Predigt. Krätzl stand dem Gottesdienst u.a. mit dem Linzer Altbischof Maximilian Aichern, dem Göttweiger Abt Columban Luser, Hochmeister Bruno Platter vom Deutschen Orden und den Altäbten Joachim Angerer (Geras) und Berthold Heigl (Seitenstetten) vor.

Der Wiener Weihbischof erinnerte u.a. daran, wie Mock am 27. Juni 1989 mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn an der

österreichischen-ungarischen Grenze ein Stück des Stacheldrahtes zerschnitt. Es sollte Symbol und Herausforderung sein, "niemals mehr in der Zukunft neue Mauern oder Zäune aufzurichten", so der Weihbischof: "Und das nicht nur an den Grenzen der Länder, sondern auch nicht zwischen Menschengruppen, Religionen oder Parteien; oder auch innerhalb von Parteien."

Ebenso unvergesslich bleibe jenes Bild, als Mock am 1. März 1994 den Beitritt Österreichs zur EU verkünden konnte und in überschwänglicher Freude Europastaatssekretärin Brigitte Ederer herzte. Krätzl: "Für mich ist der emotionale Ausbruch von Alois Mock ein Symbol, aber auch einer Herausforderung, dass es doch möglich ist, über die Grenzen der Parteien hinaus, sich über ein gemeinsam erreichtes Ziel so herzlich zu freuen." Das sollte alle belehren, "die in der Politik bisweilen dem anderen einen Erfolg nicht gönnen".

Alois Mock habe von der ersten Generation der Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt, so Krätzl: "Sie hatten eine unzerstörbare Liebe zu Österreich und waren erfüllt von der Hoffnung, dieses wieder frei und bedeutsam zu machen. Und zwar nicht nur als kleine Insel in Europa, sondern als Herz Europas, als belebende und versöhnende Kraft."

Krätzl sprach von "Politikern, die völlig selbstlos waren und ihr ganzes Können und Leben in den Dienst für Volk und Land eingesetzt haben". Und die Politiker damals hätten es verstanden, bei allen Unterschieden die politische Diskussion respektvoll zu führen. "Das hatten sie gelernt in vielfacher Form gemeinsam erlebter Unterdrückung vorher, manche sogar im gemeinsamen Aufenthalt im KZ."

"Konsequenz seines christlichen Glaubens"

Alois Mock habe u.a. ausgezeichnet, dass er sein politisches Engagement als Konsequenz seines christlichen Glaubens gesehen hatte, sagte der Bischof weiter. Wenn heute hingegen die Gesellschaft immer säkularer wird und man Religiöses sogar in die Privatsphäre abdrängen will, übersehe man, "welche Motivation und Kraft gerade aus dem bewusst gelebten Glauben kommt". Nachsatz: "Nicht im Sinne einer bestimmten Parteipolitik, sondern im Einsatz für den Menschen, seine Würde und Rechte, für das Zusammenleben, auch mit vielen anderen, für Friede und Versöhnung und schließlich auch für die Wahrung der Schöpfung."

Schon sehr früh habe Mock sein politisches Engagement über die Grenzen Österreichs hinaus nach Europa geführt, erinnerte Krätzl. So habe er beispielsweise auch schon lang vor dem Fall der Mauer Verbindung zu Dissidenten in verschiedenen Ländern aufgenommen.

Aus dem Glauben heraus habe Mock auch bei seinen vielen Auslandsbesuchen Kontakt zu anderen Weltreligionen gesucht. Krätzl: "Bei aller Wahrung seiner christlichen und auch politischen Grundsätze war er um Versöhnung bemüht."

Mock habe zudem sein rastloser Einsatz ausgezeichnet, der ihn schließlich auch die Grenzen seiner physischen Leistungsfähigkeit übersteigen ließ. Er habe seine Aufgabe auch mit einer immer stärker sichtbar werdenden Behinderung "mutig und konsequent" durchgeführt.

Seiner Gattin Edith gelte zugleich sein tiefes Mitgefühl, "und ein ganz herzlicher Dank für das, was sie für Alois gewesen ist und damit auch Österreich geschenkt hat", so Bischof Krätzl: "Edith Mock war eine Politikergattin, die nicht nur hinter ihrem Mann oder gar in seinem Schatten gestanden ist, sondern ganz an seiner Seite." Das habe man in seiner hochaktiven Zeit erlebt, vor allem aber bei zunehmenden gesundheitlichen Schwierigkeiten. Schließlich sei sie auch ganz allein bei seinem Sterben dabei gewesen.

Dank aus Südtirol

Bundespräsident Alexander van der Bellen konnte wegen eines Staatsbesuchs in Ungarn nicht am Requiem teilnehmen. - Er hatte sich zuvor im Kondolenzbuch im Außenministerium eingetragen und Mock als "großen Staatsmann und echten Europäer" gewürdigt. - Dafür waren aus dem Ausland zahlreiche Politiker nach Wien gekommen; u.a. die kroatische Kulturministerin Nina Obuljen Korinek, der frühere kroatische Außenminister Mate Grani und der frühere slowenische Außenminister Dimitrij Rupel. Mock hatte sich zu seiner aktiven Zeit vehement für die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens eingesetzt.

Stark vertreten war beim Requiem auch die Südtiroler Politik mit Landeshauptmann Arno Kompatscher an der Spitze. Der frühere Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder dankte am Ende des Gottesdienstes in einer kurzen Rede dem Verstorbenen für dessen Einsatz

für Südtirol und die Südtiroler, damit diese die ihnen zustehenden Rechte und Autonomie erlangen konnten. Die Menschen in Österreich und in Südtirol hätten Alois Mock sehr viel zu verdanken, dass es ihnen heute so gut gehe, sagte Durnwalder. Mock habe für sein Engagement Respekt und Bewunderung bei politischen Freunden wie auch Gegnern erfahren. Er sei zudem immer davon überzeugt gewesen, dass die Europäische Union mehr sein müsse, als eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft. Für Mock sei die EU zugleich auch eine Wertegemeinschaft und ein Friedensmodell gewesen.

Schließlich würdigte zum Abschied einmal mehr Außenminister Sebastian Kurz den Verstorbenen. Alois Mock sein ein "ganz großer Österreicher und Europäer" gewesen. Die Basis für seinen politischen Erfolg sei dabei stets seine menschlichen Fähigkeiten, sein Redlichkeit, sein Anstand aber auch seine Hartnäckigkeit gewesen, so Kurz.

Für die musikalische Gestaltung waren u.a. die Chöre "Ars Vivendi" und "Cantores Dei Allhartsberg", sowie das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs zuständig. Zudem präg-

ten zahlreiche Abordnungen der Cartellverbände das Bild im Dom.

Als 33-jähriger Unterrichtsminister

Mock wurde 1934 in Euratsfeld in Niederösterreich geboren. 1958 wurde der promovierte Jurist Referent im Unterrichtsministerium, danach im Bundeskanzleramt und in der OECD. 1966 wurde Mock Kabinettschef von Bundeskanzler Josef Klaus, von 1969 bis 1970 war er Unterrichtsminister, von 1971 bis 1979 ÖAAB-Bundesobmann. Von 1978 bis 1987 hatte Mock die Position des Klubobmanns der ÖVP im Parlament inne, von 1979 bis 1989 war er ÖVP-Bundesparteichef. Als Außenminister wirkte er von 1987 bis 1995. Mock verstarb nach langer schwerer Krankheit am 1. Juni 2017. Der kinderlose Alois Mock hinterlässt seine Frau Edith, mit der er 53 Jahre lang verheiratet war. Mocks historisch wohl größte Leistung war Österreichs EU-Beitritt 1995, den er führend vorantrieb.

Das Begräbnis von Alois Mock fand am 14. Juni im engsten Familien- und Freundeskreis in Wien statt.

Kirchlicher Flüchtlingsexperte: Fluchtursachen eindämmen

Integrationsbeauftragter und KA-Generalsekretär in Diözese Graz, Erich Hohl: Vor allem Afrika braucht wirtschaftliche Unterstützung und Nothilfe - Hoffen auf "Marshall-Plan" nach G20-Gipfel - Don-Bosco-Flüchtlingswerk kritisiert Abschiebungen nach Afghanistan

Graz-Wien (KAP) "Fluchtursachen wirkungsvoller eindämmen" und vor allem Afrika im wirtschaftlichen Aufbau stärker unterstützen: Das sind nach Überzeugung des Integrationsbeauftragten der Diözese Graz-Seckau und Generalsekretärs der Katholischen Aktion Steiermark, Erich Hohl, notwendige Maßnahmen, um dem Phänomen der weltweiten Flüchtlingsströme nachhaltig zu begegnen. In einer Aussendung anlässlich des Weltflüchtlingstag der UNO am 20. Juni äußerte der kirchliche Flüchtlingsexperte Zuversicht im Hinblick auf den für 7./8. Juli in Hamburg anberaumten G20-Gipfel. Dieses Treffen biete die Chance, "einen Startschuss für eine Art Marshall-Plan oder für einen 'Merkel-Plan' für Afrika zu geben", setzt Hohl Hoffnungen vor allem auf die deutsche Bundeskanzlerin.

Auch wenn seit einigen Monaten weniger Flüchtende nach Europa bzw. nach Österreich

gelangen, befänden sich weiterhin Millionen Menschen auf der Flucht vor kriegerischen Auseinandersetzungen und lebensbedrohlichen Situationen, wies Hohl hin. Es seien alle Bemühungen begrüßens- und unterstützenswert, welche die Fluchtursachen "auszutrocknen helfen". Die Waffenlieferungen in Kriegs- und Konfliktregionen gelte es zu stoppen und die von Hungerkrisen betroffenen Staaten in Afrika wirtschaftlich zu unterstützen.

Entwicklungszusammenarbeit nannte Hohl ein "Gebot der Stunde". Die wirkungsvollste Maßnahme im Sinne einer Partnerschaft mit Afrika wäre seiner Überzeugung nach jedoch, wenn sich die führenden Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Wirtschaftsmächte darauf verständigen würden, mit den afrikanischen Staaten faire Handelsbedingungen auszuhandeln - und diese auch einzuhalten.

Verstoß gegen Genfer Flüchtlingskonvention

Kritik an den Abschiebungen nach Afghanistan äußerte das Don-Bosco-Flüchtlingswerk in seiner Aussendung zum Weltflüchtlingstag. Aus purer Angst um ihr Leben hätten afghanische Kinder und Jugendliche Schutz in Österreich gesucht und gefunden - "und leben dennoch in ständiger Angst". Denn trotz der erneuten Eskalation im Bürgerkrieg und Anschlägen auf die Zivilgesellschaft in Afghanistan halte Österreich an den Abschiebungen fest, wovon auch ehemalige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betroffen seien. Man solle sich ein Beispiel an Deutschland nehmen, das die Abschiebungen längst eingestellt habe, empörte sich Geschäftsführerin Eva Kern. Sie sieht hier einen Verstoß gegen das "Non-Refoulement"-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention. Schutz zu gewähren sei zudem "unsere christlich humanitäre Pflicht", betonte Kern.

Das Flüchtlingswerk, eine Initiative der Salesianer Don Boscos, der Don-Bosco-Schwestern und von "Jugend Eine Welt", brachte auch Bedenken gegen "menschenrechtlich bedenkli-

che Änderungen" in der vor kurzem begutachteten Fremdenrechtsnovelle vor. "Neben Beugehaft und Abschiebezentren sind grobe Einschnitte bei der Grundversorgung für Asylsuchende vorgesehen", wies Eva Kern hin. Die Betroffenen, darunter Kinder und Jugendliche, hätten keinen Zugang mehr zu medizinischer Versorgung.

Auch dass künftig nur mehr ordentlichen Schülern der Zugang zu Nachqualifizierungslehrgängen gewährt werden soll, stößt beim Don-Bosco-Flüchtlingswerk auf Unverständnis: Vielen jugendlichen Flüchtlingen damit den Pflichtschulabschluss zu verwehren, sei eine "höchst problematische und kurzsichtige Entscheidung, die dazu führen wird, dass eine wachsende Menge an jungen Menschen keine Bildung erhalten und weder Beschäftigung noch einen strukturieren Tagesablauf erfahren wird". Kern appellierte an die politisch Verantwortlichen, den Betroffenen diese Nachqualifizierungslehrgänge nicht zu verwehren beziehungsweise neue ausreichende Angebote zu schaffen.

Orthodoxes Kloster: Standortentscheidung laut Metropolit offen

Mehrheit in St. Andrä/Zicksee bei Volksabstimmung für orthodoxes Kloster - Metropolit Arsenios in erster Reaktion gegenüber "Kathpress" erfreut über das Ergebnis - "Wollen uns intensiv auf die Frage einlassen, wo Gott dieses Kloster will"

Wien-Eisenstadt (KAP) Die Mehrheit der Bevölkerung von St. Andrä am Zicksee hat sich in einer Volksabstimmung für das ursprünglich geplante griechisch-orthodoxe Kloster ausgesprochen. 569 Bewohner (59,5 Prozent) stimmten demnach mit "Ja", 385 mit "Nein" (40,4 Prozent), sieben Stimmen waren ungültig. 961 Bewohner und damit 72,7 Prozent der 1.321 Stimmberechtigten nahmen an der Volksabstimmung teil. Ob das Projekt in St. Andrä damit noch eine Chance hat, war vorerst nicht klar. Der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) lies dies im "Kathpress"-Interview offen.

Eigentlich wurde das Projekt von Seiten der Orthodoxen Kirche schon vor Wochen aufgrund der vielen Verzögerungen und der unterschiedlichen Positionen in der Bevölkerung von St. Andrä gestoppt. Aus rechtlichen Gründen konnte die Volksabstimmung jedoch nicht mehr abgesagt werden.

Metropolit Arsenios zeigte sich sehr positiv gestimmt ob des Ergebnisses. "Ich freue mich

vor allem auch für das Dorf und seine Bewohner, die sich als offene und aufgeschlossenen Menschen gezeigt haben, so wie ich sie auch persönlich kennengelernt habe", so der Metropolit wörtlich. Die Mehrheit habe sich für ein christliches Kloster, für Offenheit und Ökumene entschieden.

Er wolle sich vor allem auch bei den vielen Menschen bedanken, die sich von Anfang an mit viel Engagement für das Klosterprojekt ausgesprochen und dieses unterstützt und dafür gekämpft hätten; auch gegen alle "Unwahrheiten und Lügen", die immer wieder verbreitet wurden, wie der Metropolit festhielt.

Die orthodoxe Kirche werde sich nun - auch gemeinsam mit der katholischen Kirche, respektive der Diözese Eisenstadt - in den kommenden Wochen "in aller Ruhe und im Gebet" und auch mit dem Ergebnis der Volksabstimmung im Hintergrund um eine möglichst rasche Standortlösung für das Kloster bemühen. Metropolit Arsenios: "Wir wollen uns intensiv auf die

Frage einlassen, wo Gott dieses Kloster will." Inzwischen hätte auch einige andere Orte ihr Interesse an dem Kloster bekundet.

Ein Kloster sei stets ein "Ort des Gebets, der Ruhe, der Offenheit und der Begegnung; der Begegnung der Menschen untereinander und mit Gott", hielt der Metropolit fest: "Ein Kloster darf niemals Grund für Unruhe und Streit sein. Wenn es an einem Ort eine negative Stimmung gegen ein Kloster gibt, dann ist das nicht der richtige Ort dafür."

Grundstück wird umgewidmet

Konkret wurde über die Umwidmung des Grundstücks abgestimmt, auf dem das Kloster geplant war. Bürgermeister Erich Goldenitsch verkündete gegenüber Medien, dass das Grundstück nun auch tatsächlich umgewidmet werde. Der im Prinzip schon durchgeführte Gemeinderatsbeschluss zur Änderung des Flächenwidmungsplanes sei gültig, sofern es innerhalb von 14 Tagen keine Berufung gebe.

"Wir werden die orthodoxe Kirche mit dem Abstimmungsergebnis konfrontieren. Der Ball liegt nun bei der Orthodoxie", sagte der Bürgermeister zur APA. Er verwies auch darauf, dass sich im Vergleich zur Bürgerbefragung vom Vorjahr nun mehr Bewohner für das Kloster ausgesprochen hätten. Er habe mit diesem Ergebnis gerechnet; es habe "positive Zeichen seitens der Bevölkerung" gegeben.

Das Kloster-Projekt wurde 2014 gestartet, als die Diözese Eisenstadt ein Grundstück in St. Andrä dafür zur Verfügung stellte. Nach einigen Quer-schüssen von Gegnern des Projekts kam es im Februar 2016 zu einer Bürgerbefragung, von der Bürgermeister Goldenitsch die Entscheidung der Gemeinde abhängig machen wollte. Die ging zugunsten des Klosterbaus aus. Infolge kam es zu einem einstimmigen positiven Beschluss des Gemeinderats. Im Oktober wurde das betreffende Grundstück in Bauland umgewidmet.

Gegen diesen Beschluss gingen nun aber nochmals die Gegner vor und starteten eine Unterschriftenaktion, um eine Volksabstimmung zu erzwingen. Im zweiten Versuch legten sie Mitte März 366 Unterschriften vor und damit mehr als die vom burgenländischen Gemeindevolksrechtgesetz vorgeschriebenen 25 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten. Der Gemeinderat beschloss daraufhin die Durchführung der Volksabstimmung über jenen Beschluss, den er

im vergangenen Herbst einstimmig verabschiedet hatte.

Ende April diesen Jahres teilte Metropolit Arsenios Bürgermeister Goldenitsch und dem Gemeinderat aber mit, dass die Kirche den Antrag auf Umwidmung des betreffenden Grundstücks zurücknehme. "Emotionen und Angst wurden geschürt, Gerüchte wurden gestreut, viele davon verletzend für die Orthodoxe und die Katholische Kirche gleichermaßen", hieß es in dem Schreiben.

Das Kloster sollte ein Symbol des Friedens, der Versöhnung und der Ökumene sein, betonte der Metropolit in seinem Schreiben weiter. Nach zweieinhalb Jahren des geduldigen Wartens und Hoffens, wertvoller Begegnungen und gewissenhafter Aufklärungsarbeit, müsse man nun aber erkennen, dass diese Botschaft nicht von allen Bewohnern von Zicksee so angenommen werde. Zugleich betonte der Metropolit, dass in St. Andrä in den vergangenen zweieinhalb Jahren trotz aller Irritationen viel Gutes entstanden sei, das auch in Zukunft reiche Frucht bringen werde. Die Volksabstimmung musste aber aus rechtlichen Gründen trotz Projekt-Stopp durch die Orthodoxe Kirche durchgeführt werden.

Klostergemeinschaft besteht bereits

Trotz aller Irritationen und Verzögerungen gibt es die Klostergemeinschaft bereits: Fünf Mönche und ein Novize leben und wirken seit einiger Zeit in einem angekauften Gebäude vor Ort in St. Andrä. Abt Paisios Jung äußerte sich gegenüber dem ORF-Burgenland ähnlich wie auch Metropolit Arsenios. Die Mönche würden sich über den Ausgang der Abstimmung freuen, "denn das Dorf hat ausgedrückt, dass doch eine große Mehrheit für uns ist". Ob es nun noch eine Chance für das Kloster gibt, lies der Abt freilich offen: "Nach diesem Tag werden wir erst einmal darüber nachdenken, wie das bei Mönchen so ist auch beten und Gott wird uns hoffentlich helfen zu sehen, ob St. Andrä der Standort bleibt oder wir doch woanders hingehen, nachdem die Gruppe der Gegner doch nicht zu übersehen ist. Aber das wird die Zukunft zeigen", so der Abt wörtlich.

Gerhard Mauersics, Sprecher der Gegner des Klosters, zeigte sich gegenüber Medien enttäuscht: "Ich hätte damit gerechnet, dass es mehr Gegenstimmen gibt. Wir nehmen das Ergebnis aber zur Kenntnis", so Mauersics.

Männerorden in Kärnten: 65 Patres und Brüder in sieben Orden

P. Stattmann als Vorsitzender der Superiorenkonferenz der Diözese Gurk wiedergewählt

Klagenfurt (KAP) 65 Ordenspriester und -brüder wirken in Kärnten in sieben Männerorden. Zusammengeschlossen sind sie in der Superiorienkonferenz der Männerorden der Diözese Gurk. Zu deren Vorsitzendem wurde dieser Tage Stiftsdekan Prior P. Siegfried Stattmann für eine weitere dreijährige Amtsperiode wiedergewählt, wie die Diözese Gurk und die heimischen Ordensgemeinschaften mitteilten. Stattmann übt diese Funktion bereits seit 1999 aus.

Die jüngste Wahl fand unter dem Vorsitz von Abtpräses Christian Haidinger, dem Vorsitzenden der Österreichischen Superiorienkon-

ferenz, und dem Generalsekretär der Superiorienkonferenz, P. Franz Helm, statt.

P. Stattmann wurde 1952 in Tröpolach in Kärnten geboren. Nach der Matura am Bundesrealgymnasium in Wien trat er in das niederösterreichische Stift Altenburg ein und studierte Theologie an der Universität Salzburg. Nach seiner Priesterweihe 1979 wirkte er gut zehn Jahre im Waldviertel, bevor er Anfang der 1990er-Jahre ins Benediktinerstift St. Paul im Kärntner Lavanttal wechselte. Seither hat er in Kärnten zahlreiche ordensinterne und diözesane Funktionen inne.

Führungswechsel im Kapuzinerorden in Österreich und Südtirol

Bruder Erich Geir folgt auf Lech Siebert - 102 Kapuziner wirken in der gemeinsamen Provinz Österreich-Südtirol

Innsbruck-Salzburg (KAP) Die Kapuziner in Österreich und Südtirol haben einen neuen Ordensoberen: Bruder Erich Geir wurde zum neuen Provinzial gewählt. Der 71-jährige Tiroler löst Bruder Lech Siebert ab, der das Amt seit 2010 innehatte. Geir steht künftig den 102 Kapuzinern der Provinz Österreich-Südtirol vor. Ihm zur Seite steht der Provinzrat, ein vierköpfiges Leitungsgremium. Die Leitung einer Kapuzinerprovinz wird alle drei Jahre in einer geheimen Wahl gewählt.

In Salzburg tagte seit Pfingstmontag das sogenannte "Kapitel", eine Versammlung von delegierten Ordensmitgliedern, die gemeinsam über wichtige Themen der Provinz berät, entscheidet und den Provinzial wählt. Die neue Leitung wurde durch Generalminister Bruder Mauro Jöhri angelobt. Bruder Mauro Jöhri ist Ordensoberer aller 10.500 Kapuziner weltweit.

Als Provinzial ist Bruder Erich Geir für alle Agenden der Kapuziner in Österreich und Südtirol letztverantwortlich und hat der Gemeinschaft wie "Vater und Mutter einer Familie" vorzustehen, so die Eigendefinition des neuen Oberen. Das betrifft personelle, wirtschaftliche, organisatorische genauso wie spirituelle Bereiche.

Der Tiroler trat 1966 in den Orden ein, seine ewigen Gelübde legte er 1975 ab. Seit vielen Jahren begleitet er Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Betreuungspersonen als Seelsorger in den Sozialen Diensten der Kapuziner. Darüber hinaus ist er Notfallseelsorger beim Roten Kreuz. Bruder Erich lebte die letzten Jahre in einer Sozialeinrichtung des Ordens in Fügen (Tirol). Mit der Wahl zum Provinzial steht für ihn nun die Übersiedlung nach Innsbruck an, wo sich die Leitung und Verwaltungszentrale der hiesigen Kapuziner befindet.

Ein Provinzial wird auf drei Jahre gewählt und kann einmal in Folge wiedergewählt werden. Die Wahl selbst muss mit absoluter Mehrheit erfolgen. Der Provinzrat wird gleichzeitig mit dem Provinzial gewählt und unterstützt ihn bei der Leitung der Provinz.

Glaubwürdigkeit in Leben und Spiritualität

"Ich habe keine Angst vor dem Mangel an Berufungen, sondern davor, dass wir nicht hören können, was Gott uns damit sagen will!" so der neugewählte Provinzial in einer ersten Stellungnahme. Themen des aktuellen Provinzkapitels in Salzburg waren die Aufgabe der hiesigen Kapuziner im 21. Jahrhundert, Schwerpunktsetzungen einzelner Klöster sowie

strukturelle und gemeinschaftliche Fragen. "Wir sind 102 Brüder und viele von uns sind über 70 Jahre alt," so der neue Provinzial. "Unsere jüngeren Mitbrüder sollen hier einen guten Platz für aktives Leben im Sinne unseres Ordens haben. Gleichzeitig ist es mir wichtig, dem älteren Teil der Gemeinschaft einen würdigen Lebensabend zu ermöglichen." Glaubwürdigkeit in Leben und Spiritualität sei ihm besonders wichtig.

In die Amtszeit von Geirs Vorgänger Lech Siebert fielen eine Reihe wichtiger Vorgänge: Intern wurde die Auseinandersetzung der Kapu-

ziner mit ihrem Grundauftrag sowie personelle und inhaltliche Schwerpunktsetzungen bei Standorten forciert. Weitere wichtige Ereignisse waren die Sanierung der Wiener Kapuzinerkirche, die Seligsprechung des in Innsbruck begrabenen Kapuziners Thomas von Olera und eine Forcierung der Jugendarbeit. Nicht zuletzt erfolgte auch 2011 die Fusion der Provinzen Österreich und Brixen zur nunmehrigen Kapuzinerprovinz Österreich-Südtirol.

(Infos: www.kapuziner.at)

Stift Heiligenkreuz sendet vierköpfige "Vorhut" nach Neuzelle

Erste Mönche wohnen ab September in dem vormals aufgelassenen ostdeutschen Stift - Gründung der Klostergemeinschaft im Herbst 2018 geplant

Berlin (KAP) Die Wiederansiedlung von Zisterziensermönchen im ehemaligen brandenburgischen Kloster Neuzelle kommt voran. "Rechtzeitig zur Diözesanwallfahrt" am 3. September werde sich "eine kleine Vorhut von vier Zisterziensermönchen aus dem österreichischen Stift Heiligenkreuz im katholischen Pfarrhaus von Neuzelle niederlassen", kündigte die Diözese Görlitz an. Darauf hätten sich der Görlitzer Bischof Wolfgang Ipolt und der Abt des niederösterreichischen Klosters, Maximilian Heim, bei einem Treffen Mitte Mai geeinigt. Ipolt sprach von einem "frohmachenden Zeichen" für seine Diözese.

Die Mönche aus Heiligenkreuz sollten die für Herbst 2018 geplante Errichtung eines vom Stift Heiligenkreuz abhängigen Priorats vorbereiten, wenn dann vier weitere Mönche aus dem Wienerwald nachkommen. Zudem wollten sich die Zisterzienser in der Gemeinde- und Wallfahrtsseelsorge und im katholischen Religionsunterricht engagieren. Wohnen werden die Mönche nach Angaben der Diözese zunächst in dem auf dem Klostergelände gelegenen katholischen Pfarrhaus. Die Optionen für eine langfristige Unterbringung einer klösterlichen Gemeinschaft auf dem Areal des ehemaligen Zisterzienserklosters würden noch geprüft.

Die vor rund 200 Jahren von Preußen verstaatlichte Klosteranlage bei Frankfurt/Oder bleibt im Besitz der landeseigenen Stiftung Stift Neuzelle. Die Landesregierung unterstützt den "Neustart" des Klosters, der von Ipolt angeregt wurde. Neuzelles Architektur gilt als nörd-

lichstes Beispiel süddeutschen und böhmischen Barocks in Europa. Die 1268 vom Markgrafen Heinrich dem Erlauchten gestiftete Klosteranlage zieht jährlich rund 120.000 Besucher an. Im vergangenen November hatte die Abtei Heiligenkreuz entschieden, 2018 bis zu acht Mönche nach Neuzelle zu entsenden.

Zur "Vorhut" gehören laut Angaben der Sächsischen Zeitung der Gründungsprior P. Simeon, sowie der künftig als Ökonom vorgesehene P. Kilian, der schon im Juli vergangenen Jahres zusammen mit vier Mitbrüdern für zwei Wochen in dem Brandenburger Ort gelebt hatte. Bereits vorab hatte der studierte Betriebswirtschaftler, Kulturwissenschaftler und Theologe den Kontakt mit den Einwohnern in Neuzelle als Schlüssel für den Erfolg der Klostergründung genannt; nur Begegnung und Präsenz vor Ort könnten mögliche Irritationen ausräumen.

Die Diözese wäre ohne Neuzelle "nur halb so viel wert", sagte Bischof Ipolt. Die vierköpfige, für September erwartete Mönchsgruppe verglich er mit den Männern, die Moses in der biblischen Überlieferung in das Land Kanaan schickte, um das neue Terrain zu erkunden. Im gleichen Auftrag kämen die nunmehrigen "ersten Kundschafter" nach Brandenburg, "wo nur wenige Menschen an Gott glauben".

Der Heiligenkreuzer Abt Maximilian Heim betonte: "Unsere Hauptinvestition sind qualifizierte Mitbrüder, die für ein solches Gründungsprojekt hervorragend geeignet sind und deren Sendung nach Neuzelle für die Zister-

zienserabtei Stift Heiligenkreuz ein wahres Opfer darstellt." In der Bitte Ipolts, die Möglichkeit einer Wiederbesiedelung von Neuzelle zu

prüfen, "erkennen wir den Willen Gottes und sind deshalb voller Zuversicht".

P. Thomas Vanek als Provinzial der Sales-Oblaten wiedergewählt

Gebürtiger Wiener steht bereits seit 2009 der deutschsprachigen Provinz des Ordens vor

Wien-München (KAP) Provinzial P. Thomas Vanek wurde für eine dritte Amtszeit zum Ordensoberen der deutschsprachigen Provinz der Sales-Oblaten gewählt. Die Wahl erfolgte durch das Provinzkapitel, das in Eichstätt (Bayern) tagte, wie die heimischen Ordensgemeinschaften mitteilten. Die neue Amtszeit des Provinzials beginnt am 1. Juli 2017 und dauert vier Jahre.

Vanek wurde 1961 in Wien geboren und trat 1979 in Eichstätt in die Ordensgemeinschaft der Oblaten des Heiligen Franz von Sales ein. Die ewigen Gelübde legte er 1987 ab, 1988 wurde er zum Priester geweiht. Er wirkte danach als Erzieher, Religionslehrer und Schulseelsorger in Ried (OÖ) und war auch mit ordensinternen Aufgaben betraut. 2009 wurde er zum 1. Provinzial der neu gegründeten bzw. fusionierten Deutschsprachigen Provinz der Sales-Oblaten gewählt und 2013 für weitere vier Jahre

wiedergewählt. P. Vanek ist auch Mitglied im Vorstand der Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften Österreichs.

Die "Oblaten des Heiligen Franz von Sales" wurden 1872 vom Seligen Louis Brisson gegründet. Die Oblaten sind heute ein weltweiter Orden mit Niederlassungen in Europa, Nord- und Südamerika, Asien sowie Afrika. Die 500 Ordensbrüder sind vor allem in Schulen, Internaten, Pfarren und der Mission und der kategorialen Seelsorge tätig.

1898 kamen die ersten Brüder nach Österreich. Seit 2009 ist Österreich gemeinsam mit der Schweiz und Deutschland Teil der deutschsprachigen Provinz mit Sitz in Wien. Niederlassungen hat der Orden in Österreich in Dachsberg, Prambachkirchen, Gablitz, Linz, Ried im Innkreis, Wien, Salzburg und Wolfsthal.

(Infos: <http://www.osfs.eu>)

Wien: Sonderausstellung zum Turiner Grabtuch

Bis 16. Juli geöffnete Schau im Erzbischöflichen Palais zeigt u.a. originalgroße Kopie sowie eine dem Abdruck des Tuches entsprechende Figur

Wien (KAP) Der Frage "Wer ist der Mann auf dem Turiner Grabtuch?" geht eine Ausstellung der Malteser im Wiener Erzbischöflichen Palais nach. Kernstücke der Schau sind eine originalgroße Kopie des Turiner Grabtuchs und eine dem Abdruck des Tuches entsprechende 3D-Figur. Die Sammlung umfasst außerdem 24 Stelen und sieben Exponate, darunter eine Dornenhaube und Nägel, die zur damaligen Zeit bei einer Kreuzigung verwendet wurden.

Unter dem Titel "Wer ist der Mann auf dem Tuch? - Eine Spurensuche" stellt die Schau sowohl wissenschaftliche Forschung wie theologische Sichtweisen zu dem Leinentuch vor. Die Ausstellung dokumentiert Erforschung und Geschichte des Tuches, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse um Wunden und Echtheit, versehen mit biblischen Bezügen; es bietet sich die einmalige Gelegenheit, Religion und Wissenschaft

auf diese Weise erfahrbar zu machen, heißt es seitens der Veranstalter.

Zu sehen sind auf dem 4,40 langem und 1,13 Meter breitem Tuch Blut, Brandflecken und der Abdruck eines etwa 1,78 Meter großen Mannes mit der Blutgruppe AB in Vorder- und Rückenansicht, der gekreuzigt wurde und dabei eine Dornenhaube trug, erklärte Kuratorin Bettina von Trott bei einer Presseführung im Palais. Ob es sich bei dem Mann um Jesus von Nazareth handelt, könne die Wissenschaft allerdings weder belegen noch verneinen.

Von einer späteren Fälschung gehe mittlerweile aber niemand mehr aus. Stichhaltigstes Argument: Der auf dem Grabtuch dargestellte Mensch wurde nicht wie in der Ikonographie durch die Handflächen, sondern durch die Gelenke gekreuzigt.

Ungeklärt sei auch die Frage, wie der Abdruck auf das Tuch gekommen ist, so von Trott. "Die Wissenschaftler sind sich einig, dass das Bild durch etwas erzeugt wurde, das zur Oxidation und Dehydratation der Mikrofasern des Leinens führte." Was allerdings diesen Prozess hervorgerufen hat, ist unklar. Weder Befürworter noch Zweifler hätten bisher eine befriedigende Theorie geliefert.

Als gesichert gilt, dass das Tuch durchaus aus dem 1. Jahrhundert nach Christus stammen könnte, da Webart und Stoffbeschaffenheit darauf Hinweise geben. Den endgültigen Beweis einer antiken Webart erbrachte die Textilarchäologin Mechthild Flury-Lemberg. Sie fand heraus, dass die Gewebestruktur und die spezielle Eigenart der Webkantenbildung des Grabtuches ihre Parallelen in antiken Stoffen haben, die man in den Ruinen von Masada fand.

Erforschung seit 1898

Seit mehr als hundert Jahren versuchen Wissenschaftler aus aller Welt, das Geheimnis des Turiner Grabtuches zu enträtseln. Einig sind sich die Forscher, dass der "Mann auf dem Tuch" alle Merkmale der in der Bibel beschriebenen Kreuzigung aufweist. Trotzdem wird das Tuch von Katholischer Seite nicht als Reliquie aner-

kannt. Im vatikanischen Sprachgebrauch wird dafür von einer "Ikone" gesprochen.

Begonnen hat die Erforschung des Tuches 1898 mit einer Fotografie, die anders als andere Bilder in der Negativansicht nicht nur Schemen zeigte, sondern ein realistisches und lebendiges Abbild eines Mannes. Die ertragreichsten Erkenntnisse stammen aus den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Beteiligt hat sich an der Erforschung des Tuches auch die NASA, deren Technologie die 3D-Figur des abgebildeten Mannes zu verdanken ist.

Organisiert wird die Ausstellung vom Malteser-Orden. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert und konnte bisher über 110.000 Besucher im deutschsprachigen Raum verzeichnen. In Österreich wurde die Ausstellung bisher in Salzburg und Tanzenberg gezeigt.

Die Ausstellung im Wiener Erzbischöflichen Palais (Wollzeile 2, 1010 Wien) ist bis 16. Juli zu sehen. Geöffnet ist sie jeweils Dienstag bis Samstag von 10 bis 17 Uhr und Sonntag von 10 bis 14 Uhr. Eine besonders günstige Gelegenheit zur Besichtigung bietet sich im Rahmen der "Langen Nacht der Kirchen" am 9. Juni. An diesem Tag ist die Ausstellung bis 22 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, Spenden sind erbeten und gehen an den Malteserorden für Familien in Not. (Infos: www.turinergrabtuch.at)

Klostergärten im Zentrum der heurigen Benediktiner-Wallfahrt

150 Mönche und Nonnen erkundeten im Stift Kremsmünster die vielfältige Bedeutung der Klostergärten - "Erholung für Leib, Seele und Geist, aber kein Ort der Weltflucht und biedermeierlichen Zurückgezogenheit"

Linz (KAP) Die Bedeutung der Klostergärten stand heuer im Mittelpunkt der traditionellen Pfingstwallfahrt der heimischen Benediktinerkongregation. Rund 150 Benediktinerinnen und Benediktiner waren dazu unter der Leitung von Abtpräses Christian Haidinger ins oberösterreichische Stift Kremsmünster gekommen, wo u.a. auch die oberösterreichische Landesgartenschau besichtigt wurde. Der Garten in seinen vielfältigen Ausdrucksformen sei von jeher ein Sehnsuchtsort nach Harmonie und Frieden. Er gebe Kraft und biete Erholung für Leib, Seele und Geist, so P. Daniel Sihorsch vom Stift Kremsmünster in seiner Predigt beim Wallfahrtsgottesdienst. Der Garten dürfe aber nicht, und schon gar nicht im Kloster, zu einem "Ort

der Weltflucht, der biedermeierlichen Zurückgezogenheit" werden.

Kulturhistorisch sei der Garten die Verbindung von Natur und Kultur. Im Garten werde durch die Kultur des Menschen der Natur ihre Bedrohlichkeit und Unberechenbarkeit genommen und für den Menschen in vielfältiger Weise nutzbar gemacht. Die Idee des Garten sei dementsprechend in Wüsten- und Steppengebieten entstanden. Der biblische Garten Eden sei ein mythischer Ort der bergenden, schützenden Nähe Gottes. Doch aus diesem Garten sei der Mensch vertrieben worden. "Der Garten wird zu einem Ort der Sehnsucht."

Mit Jesus Christus beginne freilich alles neu: "Er führt ins Paradies zurück." Die

Erlösungstat Jesu schenke den Menschen die "Wiedererlangung des ursprünglichen Gartenrechts", also die Begegnung mit Gott und ein Leben in Fülle. "Im Garten wird Jesus begraben, im Garten geschieht Auferstehung", so P. Daniel wörtlich.

Auf diesem Hintergrund habe bereits der ägyptische Mönchsvater Pachomius im 4. Jahrhundert sein berühmtes Zitat verfasst: "Der Ort im Kloster, wo man Gott am nächsten ist, ist nicht nur die Kirche, sondern der Garten, dort erfahren die Mönche ihr größtes Glück."

Die Österreichische Benediktinerkongregation ist ein Zusammenschluss von 14 selbstän-

digen Klöstern: die Erzabtei St. Peter in Salzburg, die Abteien Kremsmünster, Michaelbeuern, Lambach, Admont, St. Lambrecht, Melk, St. Paul, Göttweig, Seitenstetten, Altenburg und die Schottenabtei in Wien sowie die selbstständigen Priorate Gut Aich und St. Josef in Maria Roggendorf. Die Abteien Fiecht und Seckau, die zwar auch in Österreich liegen, gehören aus geschichtlichen Gründen zur Kongregation von St. Ottilien bzw. zur Beuronener Kongregation. Insgesamt leben und wirken in Österreich rund 360 Benediktiner. Benediktinerinnen-Klöster gibt es in Salzburg, St. Johann/Herberstein, Steinerkirchen/Traun, Scharnitz, Martinsbühel und Wien.

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Wien: Ältestes bestehendes Frauenkloster feiert 300. Geburtstag

Festgottesdienst im Kloster der Salesianerinnen am Rennweg mit Kardinal Schönborn am 11. Juni - Präsentation des neuen Buches "Das Kloster der Kaiserin - 300 Jahre Salesianerinnen in Wien"

Wien (KAP) Mit einem Dankgottesdienst am Sonntag, 11. Juni, um 9 Uhr, dem Kardinal Christoph Schönborn vorstehen wird, gehen die Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen des Salesianerinnenklosters in Wien weiter. Die Grundsteinlegung des Klosters im dritten Wiener Gemeindebezirk erfolgte am 13. Mai 1717, genau am Tag der Geburt von Kaiserin Maria Theresia (1717-1780), die den Konvent später als ihre "Zwillingschwester" bezeichnete und ihm zeit lebens sehr verbunden war. Das Kloster am Rennweg ist das älteste bestehende Frauenkloster Wiens.

Im Anschluss an den Gottesdienst findet in den Räumlichkeiten der Musikuniversität Wien im Kloster ein Festakt statt, in dem das 200-jährige Bestehen der Musikuniversität gefeiert wird. Die Verbindung zwischen Kloster und Musikuniversität besteht darin, dass seit 1988 ein großer Teil der Räume des Klosters an die Musikuniversität vermietet ist. Im Rahmen des Festakts wird auch das neue Buch "Das Kloster der Kaiserin - 300 Jahre Salesianerinnen in Wien" präsentiert.

Eröffnet wurden die Feierlichkeiten zum 300-Jahr-Jubiläum bereits am 13./14. Mai, u.a. mit einem Dankgottesdienst, dem der Heiligenkreuzer Abt Gregor Henckel-Donners-

marck vorstand. An diesem Wochenende war es für die zahlreichen Besucher auch möglich, den Konvent zu besichtigen, was absolut unüblich ist. Die Schwestern hatten erstmals seit 50 Jahren ihre Türen für Besucher von auswärts geöffnet. Die 15 im Wiener Kloster lebenden Schwestern führen ein kontemplatives Leben und verlassen nur in bestimmten Ausnahmen - etwa für einen Krankenhausbesuch bei einer Mitschwester - ihren Konvent.

Weitere Höhepunkte im Jubiläumsjahr sind am 2. Juli ein Hochamt zum Fest der Heimsuchung Mariens, im August das Fest der Hl. Johanna Franziska, der Mitbegründerin des Ordens und Freundin des Hl. Franz von Sales, sowie im November das Fest der sieben bereits seliggesprochenen Märtyrerinnen des Heimsuchungsklosters von Madrid.

"Orden von der Heimsuchung Mariens"

Die Initiative zum Bau des Wiener Heimsuchungsklosters ging von Kaiserin Wilhelmine Amalia, der Witwe Kaiser Josephs I., aus. Sie wollte nach dem Tod ihres Mannes ihren Lebensabend in einem Kloster verbringen, fand dafür in Wien aber keine passende Gemeinschaft. So reifte der Plan, selbst ein Kloster zu stiften, das auch eine Bildungsstätte für junge

Mädchen sein sollte. Die Kaiserin lebte vom Jahr 1722 bis zu ihrem Tod 1742 im Kloster, dessen 1721 errichtetes Mädchenpensionat bis 1927 bestand.

Seit 1988 ist ein großer Teil der Räume des Klosters an die Musikuniversität Wien vermietet. 2007 stand das Kloster kurz im grellen Licht der Öffentlichkeit, als Papst Benedikt XVI. (2005-2013) zum Auftakt seines damaligen Wien-Aufenthalts auf dem Weg vom Flughafen in die Innenstadt kurz bei den Salesianerinnen Station machte und dort in das "Papamobil" umstieg.

Der Orden der Salesianerinnen - ihr Gründungsname ist der "Orden von der Heimsuchung Mariens" - wurde am 13. August 1610 von Johanna Franziska von Chantal und Franz von Sales in Frankreich gegründet. Ursprünglich wirkten die Mitglieder karitativ,

kümmerten sich vor allem um junge Mädchen aus dem verarmten Adel oder gehobenem Bürgertum und errichteten Schulen und Pensionate. 1615 wurde die Gemeinschaft zu einem Klausurorden umgewandelt.

Weltweit gibt es rund 150 Klöster des Ordens, zwei davon in Österreich mit Niederlassungen in Wien und in Hall in Tirol. Beide Klöster gehören der Deutschsprachigen Föderation des Ordens an. In Wien leben 15 Schwestern, in Hall neun. Alle Klöster des Ordens sind autonom und unterstehen unmittelbar dem Heiligen Stuhl, sind zur gegenseitigen Unterstützung jedoch in Förderationen zusammengefasst. Die deutschsprachige Föderation der Schwestern der Heimsuchung besteht aus 10 Klöstern bzw. Gemeinschaften in Deutschland, Österreich, Kroatien und Tschechien mit insgesamt rund 120 Ordensfrauen.

Wien: Filmpräsentation zu Nonnendrama "Agnus Dei"

Frauenordens-Präsidentin Mayrhofer bei Podiumsgespräch am 19. Juni im "Filmcasino"

Wien (KAP) Sr. Beatrix Mayrhofer, Präsidentin der Frauenorden Österreichs, nimmt am 19. Juni im Wiener "Filmcasino" an der Präsentation eines Films teil, der auf der Basis wahrer Begebenheiten aus dem frühen Nachkriegspolen harte Kost bietet: Die französische Regisseurin Anne Fontaine verdichtete in ihrem Streifen "Agnus Dei" (Fr./Pl. 2016) Ereignisse rund um systematische Vergewaltigungen von Ordensfrauen durch Soldaten zu einem erschütternden Spielfilm, der laut einer Ankündigung zeigt, "dass die Fragen von (Un-)Schuld und Verstrickung an Klostertüren keineswegs haltmachen." Im Anschluss an die Filmvorführung diskutiert der Religionsjournalist und Filmexperte Otto Friedrich ("Die Furche") mit Sr. Beatrix Mayrhofer im Kinosaal.

"Zuerst waren die Deutschen da. Dann, 1945, kam die Rote Armee: Was die französische Rot-Kreuz-Ärztin Mathilde in einem polnischen Frauenkloster erleben muss, sprengt jede Vorstellungskraft", heißt es in der Ankündigung weiter: Schwestern wurden nach Vergewalti-

gungen durch Sowjetsoldaten schwanger, die Kinder von den Oberen gleich nach der Geburt weggegeben. "Eine hermetische Welt mit rigorosen Moralvorstellungen und einem unmenschlichen Verständnis von Gehorsam quält die jungen Schwestern und Mütter - denn was nicht sein darf, kann nicht sein."

Das Filmdrama "Les Innocentes" (dt.: Die Unschuldigen) wurde 2016 beim renommierten Sundance Film Festival präsentiert und seither auf mehreren internationalen Festivals ausgezeichnet. Regie führt Anne Fontaine, als Filmemacherin u.a. bekannt durch "Coco Chanel - Der Beginn einer Leidenschaft" und "Gemma Bovary". Die eindrücklichen Bilder stammen von der legendären französischen Kamerafrau Caroline Champetier. Gedreht wurde im polnischen Ermland, das lange Zeit zum Deutschordensstaat gehörte. In Österreich war der Streifen bereits im Rahmen der "FrauenFilmTage" im März zu sehen, startet "Agnus Dei" (dt.: Lamm Gottes) am 16. Juni in den Kinos.

Vatikan nimmt an "Anti-Trump-Konferenz" in Bolivien teil

Flüchtlings-Sondersekretär Czerny vertritt den Papst bei Debatte über Migrationspolitik - Viel Prominenz bei Tagung "Welt ohne Mauern" erwartet

La Paz (KAP) Mehr als 3.000 internationale Persönlichkeiten, Aktivisten und Menschenrechtler werden zum Welttreffen der Volksbewegungen am 20. und 21. Juni in Bolivien erwartet. Zentrales Thema der Veranstaltung mit dem Titel "Für eine Welt ohne Mauern, für eine universelle Bürgerschaft" wird eine Debatte über die weltweite Migrationspolitik sein.

Wie die bolivianische Nachrichtenagentur ABI unter Berufung auf Außenminister Fernando Huanacuni berichtete, hat auch Papst Franziskus zugesagt, einen Vertreter des Vatikan in die zentralbolivianische Stadt Tiquipaya zu entsenden. Laut kubanischen Medien handelt es sich dabei um den Jesuiten Michael Czerny, der von Papst Franziskus im Dezember zum Sondersekretär für Flüchtlings- und Migrationsfragen ernannt wurde.

Die Veranstaltung ist eine Reaktion Boliviens auf die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, eine Sperrmauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten. Papst Franziskus hatte sich schon zu Beginn des US-Präsidentenwahlkampfes bei seiner Mexikoreise im Februar 2016 gegen eine solche Mauer ausgesprochen und erklärt, dass jemand, der statt Brücken Mauern errichtet, "nicht christlich" sei.

Prominenteste politische Vertreter sind Boliviens Präsident Evo Morales, El Salvadors Staatsoberhaupt Salvador Sanchez Ceren sowie die Ex-Präsidenten Jose Luis Rodriguez Zapatero (Spanien), Fernando Lugo (Paraguay) und Ernesto Samper (Kolumbien). Allein aus Bolivien gesellen sich demnach rund 1.500 Teilnehmer aus lokalen Organisationen hinzu.

A U S L A N D

Kardinalsrat erwägt mehr Mitbestimmung in der Kirchenleitung

Papstberater schlagen stärkere Einbeziehung von Laien und Ordensleuten bei Bischofsnennungen sowie mehr Verantwortung für Bischofskonferenzen vor - Papst war bei fast allen K9-Sitzungen selbst anwesend

Vatikanstadt (KAP) Die Reformgruppe um Papst Franziskus ("K9-Gruppe") erwägt Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung des Kirchenvolks bei Bischofsnennungen. Diese Frage war Gegenstand der jüngsten Tagung des Rats der neun Kardinäle, die den Papst bei seiner Kurienreform unterstützen. Demnach denke man darüber nach, stärker als bisher katholische Laien und Ordensleute in die Suche nach Bischofskandidaten einzubeziehen, wie Vatikansprecher Greg Burke zum Abschluss der dreitägigen Sitzung in Rom sagte.

Auch sei vorgeschlagen worden, bestimmte Zuständigkeiten und Vollmachten von Vatikanbehörden an die Ortsbischöfe oder an Bischofskonferenzen zu übertragen. Solche Überlegungen folgten der von Franziskus gewünschten Linie einer "gesunden Dezentralisierung", so der Sprecher. Demnach könnte

beispielsweise auf Ortsebene statt in Rom entschieden werden, ob ein unverheirateter oder verwitweter Ständiger Diakon zur Priesterweihe zugelassen werden kann. Burke räumte ein, es handle sich um eher spezielle Fragen.

Weiter befasste sich das Kardinalgremium, dem auch der Münchner Kardinal Reinhard Marx angehört, mit der Missionskongregation sowie mit Verfügungen, die das Amt für interreligiösen Dialog, die Ostkirchenbehörde, die Justizbehörde und die drei vatikanischen Gerichtshöfe betreffen.

Der Finanzbericht des vatikanischen Wirtschaftssekretariats für das erste Quartal 2017 entspreche "mit wenigen Ausnahmen" dem Haushaltsplan, so Vatikansprecher Burke. Der Leiter des Wirtschaftssekretariats, Kardinal George Pell, habe dem Gremium aktuelle Schritte bei

der Wirtschaftsplanung dargelegt. In Kürze beginne die Erarbeitung des Haushalts für 2018.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war den Angaben zufolge ein Bericht über die Reform des Mediensektors im Vatikan. Der Präfekt des Kommunikationssekretariats, Prälat Dario Edoardo Viganò, präsentierte einen Bericht über den Stand der Reform der Vatikanmedien, in dem von "positiven Resultaten" die Rede war. Auch die wirtschaftliche Entwicklung im Sektor sei "positiv".

An den Beratungen der Reformgruppe nahm Papst Franziskus laut dem Sprecher bis auf die Sitzung teil; bei diesem Termin war er durch die Generalaudienz verhindert. Der Bostoner Kardinal Sean O'Malley fehlte aus gesundheitlichen Gründen. Die nächste, 21. Runde des Kardinalsrats soll vom 11. bis 13. September stattfinden. Franziskus kehrt am 11. September von einem fünftägigen Kolumbienbesuch zurück.

"Dialogkardinal" Tauran: Frauen gleiche Verantwortung übertragen

Kurienkardinal sieht im Aufgabenfeld der Friedenserziehung bei Frauen ein besonderes Potential, das er von der spezifischen Disposition der Mutterschaft ableitet

Vatikanstadt (KAP) Für eine Chancengleichheit von Frauen gegenüber Männern hat sich Kurienkardinal Jean-Louis Tauran ausgesprochen. Frauen seien nicht allein zur Mutterschaft, sondern auch zur Wahrnehmung anderer gesellschaftlicher Aufgaben berufen, erinnert der Präsident des Päpstlichen Rates für Interreligiösen Dialog im Interview mit Radio Vatikan. Er äußerte sich am Rande der laufenden Vollversammlung des Dialogrates: "Die Frau hat nicht allein diese Aufgabe der Zärtlichkeit, der Mutter, sondern auch ihren Platz in der Gesellschaft. Frauen sind in der Lage dazu, Verantwortlichkeiten zu haben wie Männer."

In einer Reihe von Ländern seien Frauen in Rechten und Chancen benachteiligt, obwohl vor allem sie es sind, die entscheidend zu Stabilisierung und Ausgleich in Gemeinschaften beitragen. Die Rolle von Frauen bei der Friedenserziehung ist Thema der Vollversammlung des Päpstlichen Dialogrates, die mit einer Papstaudienz abschließt. Die Teilnehmer spannen einen weiten Bogen von Frauenfiguren der Bibel bis zu heutigen Friedensaktivistinnen und Akteurinnen in Wirtschaft und internationalem Recht. "Es ist gut, diese Perspektiven wahrzunehmen, um einen vollständigen Blick auf die Frau zu erhalten, sie als gleichwertig zum Mann gegenüber Gott und in der Gesellschaft zu verstehen, Frauen müssen die gleichen Verantwortlichkeiten haben, die Möglichkeit, dieselben Verantwortlichkeiten wahrzunehmen", sagte der französische Kardinal.

Im Aufgabenfeld der Friedenserziehung sieht Tauran bei Frauen ein besonderes Poten-

tial, das er von der spezifischen Disposition der Mutterschaft ableitet. "Der Papst bezieht sich oft darauf: Die Frau hat eine essentielle Zärtlichkeit, weil sie Mutter ist - eine Fähigkeit des Zuhörens, der Sorge um und des Interesses für andere. Und das ist eine universelle Botschaft."

Die italienische Ordensfrau und Sozialwissenschaftlerin Raffaella Petrini, eine der Vortragenden bei der Plenarsitzung, sieht dieses weibliche Potential als wohltuendes Gegengewicht zum heute in den modernen Gesellschaften vorherrschenden technokratischen Paradigmas: "Es gibt Fähigkeiten, die die Frau hat: zum Beispiel ihre physische Strukturiertheit, Leben auszutragen und dieses verletzte Leben von Anfang an zu versorgen. Dies ist eine Fähigkeit des Gebens und Umsorgens derjenigen, die schwächer sind, und das bedeutet auch, die Grenzen der Verfasstheit der Menschen zu akzeptieren. Wer dies akzeptiere, stelle das technokratische Paradigma in Frage."

Es gehe hierbei nicht um eine Verteufelung des heutigen technischen Fortschrittes, präzisierte Petrini gegenüber Radio Vatikan - dieser sei ja schließlich auch "Ausdruck der intellektuellen Fähigkeiten des Menschen". Allerdings sieht sie auch Gefahren bei dieser Mentalität, die manipulative Merkmale aufweise: "Sie bringt dazu, die anderen, Dinge und Menschen, als Objekte zu sehen, die sich entsprechend der eigenen Vorlieben und Ziele modifizieren und verändern lassen." Auf diesen Aspekt weise auch Papst Franziskus sehr stark hin.

Turin: Gestohlene Reliquie Don Boscos wieder aufgetaucht

Vorbestrafter 42-Jähriger festgenommen - Erzbischof von Turin, Cesare Nosiglia, äußerte sich erleichtert

Rom (KAP) Die gestohlene Reliquie mit dem Gehirn des heiligen Don Bosco (1815-1888) ist nach zwei Wochen unversehrt wieder aufgetaucht. Die italienische Polizei nahm einen vorbestraften 42-Jährigen in Pinerolo bei Turin unter dringendem Tatverdacht fest, wie die katholische Tageszeitung "Avvenire" meldete. Der Mann hatte demnach gehofft, das Reliquiengefäß, das er für pures Gold hielt, zu Geld machen zu können. Die versiegelte Glasampulle mit den sterblichen Überresten fand sich in einer Blechkanne im Küchenschrank des Verdächtigen.

Dem Bericht zufolge haben Fingerabdrücke die Ermittler zum mutmaßlichen Täter geführt. Der Erzbischof von Turin, Cesare Nosiglia, äußerte sich erleichtert. Gläubige, vor allem Jugendliche, könnten nun wieder vor der Reliquie Don Boscos beten und ihn darum bitten,

seinem Beispiel an Barmherzigkeit und Güte zu folgen, die er selbst sogar gegenüber Übeltätern gehabt habe, erklärte der Erzbischof laut "Avvenire". Dem Dieb möge der Heilige verzeihen und ihm die nötige Reue schenken, "damit er Ruhe und Frieden im Herzen finde wie auch den Willen, keine derartigen Taten mehr zu begehen", so Nosiglia.

Die Reliquie war am 2. Juni aus der Don-Bosco-Kirche im italienischen Castelnovo Don Bosco verschwunden. Der Priester Giovanni Bosco widmete sich in der aufstrebenden Industriestadt Turin besonders der Fürsorge benachteiligter Jugendlicher. Auf ihn geht der Orden der Salesianer Don Boscos zurück. Die 1984 geweihte Basilika über seinem Geburtshaus in Castelnovo ist Anziehungspunkt zahlreicher Pilger.

Viele Christen planen offenbar Rückkehr nach Aleppo

Syrischer Franziskaner P. Alsabagh: Hilfe der Kirche vor Ort erleichtert für die Geflohenen den Neubeginn in ihrer zerstörten Heimatstadt

Wien-Damaskus (KAP) Die Rückkehr der geflohenen Christen nach Aleppo hat begonnen, braucht für eine Fortsetzung jedoch dringend Unterstützung aus dem Ausland: Das hat der syrische Franziskanerpater Ibrahim Alsabagh, Pfarrer der Kirche St. Franziskus in Aleppo, im Interview vor Ort mit einer Delegation des Hilfswerks "Kirche in Not/Aid to the Church in Need" dargelegt.

Bisher seien 15 ausgewanderte Familien seiner Gemeinde, die dem lateinischen Ritus folgt, wieder zurückgekehrt - u.a. aus Frankreich, Deutschland, Venezuela und Armenien, berichtete Alsabagh. Man hoffe, dass mehrere hundert christliche Familien in den Sommermonaten zurückkehren könnten. Aus Erzählungen der Rückkehrer lasse sich schließen, dass alle Familien aus Venezuela sowie aus Armenien - wo 400 Familien Zuflucht gefunden hätten - zurückkehren wollten. "Es ist bemerkenswert, dass sich diese Familien sicherer fühlen und sie

bereit sind zurückzukehren, wenn ihnen die Kirche hilft", sagte der Ordensmann.

Auch aus anderen Landesteilen Syriens - etwa aus Latakia, Tartus oder Marmarita - seien christliche Familien aus Aleppo in ihre Häuser zurückgekehrt. Grund dafür sei vor allem, dass die Preise und Lebenskosten in diesen Städten derzeit "explodieren", so Alsabagh.

Nach der Rückeroberung Aleppos durch die syrischen Regierungstruppen zu Jahresende 2016 hat sich die Situation in der zweitgrößten Stadt Syriens verbessert: Die Bombardements hätten aufgehört und die Straßen sowie auch Kirchen seien wieder sicher, wenngleich einige Vorstädte weiterhin umkämpft seien, schilderte der Franziskanerpriester die Lage. Dennoch seien die Kriegsfolgen überall präsent: Die Menschen seien stark verarmt und auch traumatisiert. Arbeit gebe es kaum, Strom nur zwei Stunden pro Tag. Aufgrund der horrenden Inflation seien die Löhne sehr gering und die Lebensmittelpreise unermesslich hoch.

Hilfe brauche die Bevölkerung momentan vor allem für die Deckung der Kosten für Lebensmittel, Strom und Gesundheitsvorsorge, sagte Al-sabagh. Die Kirche leiste hier Unterstützung, sowie auch beim Wiederaufbau der Häuser und der Schulen, womit man der jungen Generation

Zukunft vermitteln wolle. Auf diese Weise seien durch ausländische Hilfe bislang 270 Häuser wiedererrichtet worden, 170 Schüler und Studenten hätten Stipendien und 2.000 junge Menschen Ausbildungshilfen erhalten, zeigte sich der Franziskaner dankbar.

Existenz Satans: Diözesanexorzist kritisiert Jesuitengeneral Sosa

Emeritierter Gregoriana-Professor Babolin hält Sosa mehrere Dokumente und Aussagen der Kirche entgegen, welche die wahre Existenz des Teufels belegten

Rom (KAP) Der emeritierte Gregoriana-Professor und Exorzist der Diözese Padua, Sante Babolin, hat Kritik an Aussagen des Jesuiten-Generals Pater Arturo Soas über das Böse und die Existenz des Teufels geübt. Sosa hatte von einer "symbolischen Gestalt" gesprochen. Dem widersprach Babolin, wie die "Catholic News Agency (CNA) berichtete. "Der Teufel, Satan, existiert", betonte er. Das Böse sei keineswegs nur eine Abstraktion.

In einem Interview mit der spanischen Zeitung "El Mundo" hatte Pater Arturo Sosa SJ gesagt, "wir haben symbolische Gestalten geschaffen, wie den Teufel, um das Böse auszudrücken". Doch könne auch "soziale Konditionierung" diese Gestalt repräsentieren. "Menschen handeln oft bösartig, weil sie in einer Umgebung sind, in der es schwierig ist, das Gegenteil zu tun", so der Jesuiten-General.

Babolin hielt dem mehrere Dokumente und Aussagen der Kirche entgegen, welche die wahre Existenz des Teufels belegten. Beim

Vierten Laterankonzils (1215) sei betont worden, dass "der Teufel und andere Dämonen von Gott dem Wesen nach als gut geschaffen" wurden, aber von sich aus böse wurden. "Mit anderen Worten: Gott schenkte den Engel die Freiheit, die auch Menschen haben - nämlich ihn zu kennen, zu lieben und zu dienen, oder sich von ihm abzuwenden", erklärte der Diözesanexorzist.

Er verwies auch auf zwei Reden von Papst Paul VI. von 1972, in denen dieser die Existenz des Teufels "den Gläubigen, die dazu neigen, die Existenz Satans zu bezweifeln", in Erinnerung rief, ebenso "seine Präsenz und sein Tun". Am 29. Juni 1972 sagte der heute selige Papst in einer Predigt, mit Blick auf die Lage der Kirche in jenen Jahren, dass es scheine, der "Rauch Satans" sei in den Tempel Gottes eingedrungen. Auch der Katechismus der Katholischen Kirche, so Pater Babolin, lehre, dass der Teufel in Wirklichkeit existiert, nicht als Abstraktion.

Schlüsselpositionen der Kirche im Heiligen Land neu besetzt

Administrator Erzbischof Pizzaballa ernannt nach internen Problemen neuen Generalvikar, neuen Territorialvikar für Israel, neuen Ordinariatskanzler, neuen Seminarregens und neuen Finanz-Manager

Jerusalem (KAP) Schlüsselpositionen der Kirche im Heiligen Land sind neu besetzt worden. Weihbischof Giacinto-Boulos Marcuzzo (72), seit 1993 Patriarchalvikar für Israel mit Sitz in Nazareth, wechselt als Generalvikar ins Lateinische Patriarchat nach Jerusalem. Das teilte der Jerusalemer Apostolische Administrator Erzbischof Pierbattista Pizzaballa in einem Schreiben an seinen Klerus mit. Der bisherige Amtsinhaber, Weihbischof William Shomali (67), war im Feb-

ruar als Generalvikar nach Amman versetzt worden.

Patriarchalvikar für Israel wird der jordanische Pfarrer Hanna Kildani (62) aus Amman. Auch die Stellen des Kanzlers im Patriarchat und der Leitung des Priesterseminars werden neu besetzt. Die Personalien sind Teil eines Gesamtrevirements. Shomalis Vorgänger in Jordanien, Maroun Elias Lahham (68), war im Februar ohne Mitteilung von Gründen zurückgetreten.

Die Verantwortung der Finanzverwaltung des Patriarchats übernimmt Erzbischof Pizzaballa den Angaben zufolge selbst. Als operativen Manager setzte er mit Sami al-Yousef einen Laien ein. Dem bisherigen Finanzleiter, dem Priester Imad Twal, dankte der Erzbischof für seinen großen Einsatz in dieser "nicht beneidenswerten und undankbaren Position".

Das Lateinische Patriarchat von Jerusalem betreut die rund 60.000 bis 70.000 römisch-katholischen Christen im Heiligen Land. Seine Jurisdiktion erstreckt sich über das Staatsgebiet von Israel, Jordanien, Zypern und die Palästinensischen Gebiete. Die religiöse, politische und kirchliche Situation ist in den verschiedenen Teilen des Patriarchats mit arabischen Christen, katholischen Migranten und jüdischen Konvertiten völlig unterschiedlich, weshalb die Organisation als extrem schwierig gilt. In den vergangenen Jahren hatte der Palästinenser Michel Sabbah (1987-2008) und dann der Jordanier Twal (2008-2016) das Patriarchat geleitet.

Angesichts mancher Differenzen zwischen dem Klerus rechts und links des Jordans war spekuliert worden, ob nicht wieder ein "neutraler" Italiener das Amt übernehmen sollte. Auch über finanzielle Probleme wurde in den

vergangenen Jahren geredet. Der Italiener Pierbattista Pizzaballa (52) lehnte offenbar eine Ernennung als Patriarch ab. Er sieht sein Amt als Apostolischer Administrator (seit Juli 2016) als eine temporäre Lösung. Seine Hauptaufgabe müsse sein, den Weg für einen künftigen Patriarchen vorzubereiten.

Die Ursprünge des Patriarchats liegen in der Zeit der Kreuzfahrer, die sich als "Lateiner" bezeichneten. Es erlosch jedoch mit dem Fall Akkos 1291. Im Jahr 1847 belebte Papst Pius IX. das Patriarchat neu. Bis 1987 waren alle Amtsinhaber Italiener.

In den vergangenen 20 Jahren gab es eine wachsende Einwanderung nichtjüdischer Arbeitsmigranten nach Israel, die zum Teil in Zeiten der Intifada palästinensische Arbeiter ersetzten. Darunter sind Katholiken aus Rumänien, Sri Lanka, den Philippinen oder aus afrikanischen Ländern. Im Heiligen Land gibt es zudem zahlreiche katholische Ordensniederlassungen mit mehr als 1.000 weiblichen und rund 500 männlichen Ordensleuten. Die geistlichen Gemeinschaften unterhalten viele Werke in den Bereichen Bildung und Gesundheitsvorsorge. Die rund 40 Bildungseinrichtungen des Lateinischen Patriarchates umfassen Kindergärten, Grund- und Oberschulen.

Nicaraguanischer Priester und Minister Miguel d'Escoto gestorben

Die 1985 aufgrund politischer Tätigkeit ausgesprochene Suspendierung Escotos als katholischer Priester durch Papst Johannes Paul II. wurde 2014 durch Papst Franziskus aufgehoben

Rom-Managua (KAP) Der prominente nicaraguanische Befreiungstheologe, Priester und Politiker Miguel d'Escoto Brockmann ist im Alter von 84 Jahren nach langer schwerer Krankheit in Managua gestorben, meldete die vatikannahe Blogseite "il Sismographo".

D'Escoto wurde am 5. Februar 1933 in Los Angeles geboren. Er absolvierte die Schulzeit in den USA und trat dort 1953 in die Ordensgemeinschaft der Maryknoll Missionary Society ein. 1961 wurde er zum Priester geweiht. Bis 1979 war er in verschiedenen Institutionen der katholischen Kirche in den USA, in Genf (Weltkirchenrat) sowie in lateinamerikanischen Staaten tätig, wobei er sich als Vertreter der Befreiungstheologie profilierte.

Nach dem Sturz der Somoza-Diktatur wurde d'Escoto 1979 Außenminister der marx-

istisch-sozialistischen Sandinisten in Nicaragua. Als er sich weigerte, seinen Regierungsposten aufzugeben, wurde er 1985 vom Vatikan vom Priesteramt suspendiert. Er blieb bis 1990 Außenminister.

In seiner Amtszeit entwickelte sich Miguel d'Escoto Brockmann zu einem der schärfsten internationalen Kritiker der US-Außenpolitik in Lateinamerika. Auch die Position des Vatikan griff er wiederholt an. Auf der internationalen Bühne setzte er sich für Multilateralismus und die Achtung des Völkerrechts ein.

Die 1985 aufgrund der politischen Tätigkeit ausgesprochene Suspendierung d'Escotos als katholischer Priester, die Papst Johannes Paul II. verfügte, wurde 2014 durch Papst Franziskus aufgehoben. Die Aufhebung folgte auf ein Schreiben d'Escotos, in dem er Fran-

ziskus bat, "vor seinem Tod nochmals die Heilige Messe zelebrieren" zu können.

Für seine politische Arbeit erhielt d'Escoto zahlreiche internationale Preise, darunter

den "Thomas Merton Award für Frieden und soziale Gerechtigkeit". 2008 wurde er für ein Jahr zum Präsidenten der 63. UN-Vollversammlung gewählt.

Mord an Bischof Balla: Etliche ähnliche Fälle in Kamerun

Der prominenteste Mord war jener am Jesuiten und Anthropologen Pater Engelbert Mveng, einem der bedeutendsten kamerunischen Intellektuellen, im Jahr 1995 - Keiner der Mordfälle wurde je geklärt

Rom (KAP) In der Causa des ungeklärten Mordes am Bischof von Bafia in Kamerun, Jean-Marie Benoit Balla, gibt es eine Reihe ähnlicher Fälle im Land in den vergangenen Jahrzehnten. Darauf macht die katholische Nachrichtenplattform "Aleteia" aufmerksam. Die Website "Vatican Insider" zitierte einen der mit der Autopsie beauftragten Ärzte. Dieser berichtete, dass ein Arm und ein Bein von Bischof Balla gebrochen und die Genitalien verstümmelt seien. "Mit diesen Elementen können wir mit Sicherheit die Hypothese Selbstmord verwerfen", so der Mediziner.

Ballas Auto war vergangene Woche 90 Kilometer nördlich der Hauptstadt Yaounde an einer Brücke gefunden worden. Auf dem Beifahrersitz soll ein Zettel mit der Aufschrift "Sucht mich nicht - ich bin im Wasser" gelegen haben. Als die Leiche in der vergangenen Woche gefunden wurde, hieß es zunächst, der 58-Jährige habe mutmaßlich Selbstmord begangen. Daran gab es jedoch von Beginn an Zweifel. Örtliche Medien meldeten, dass der tot aufgefundene Bischof offenbar ermordet wurde. Offiziell

wurde das Ergebnis der Untersuchung bislang nicht bekanntgegeben.

Laut "Aleteia" hält die Serie von Morden an Priestern und Ordensleuten bereits seit 1988 an. Die Täter wurden nie gefasst. Prominentestes Opfer war demnach der Jesuit und Anthropologe P. Engelbert Mveng, einem der bedeutendsten kamerunischen Intellektuellen. Mveng sei "ein Geist der Unabhängigkeit und kompromisslosen Urteile", zitierte "Aleteia" das Magazin "Mondafrique". Er wurde am 22. April 1995 in seinem Bett erdrosselt, 1995. Der schreckliche Mord wurde nie geklärt - ebenso wie im Jahr 1988 der an dem Priester Joseph Mbassi, Direktor der berühmten kamerunischen katholischen Tageszeitung "L'Effort". Mbassis Leichnam wurde verstümmelt aufgefunden. Der Priester und Zeitungs-Chef hatte zuvor eine Untersuchung über Waffenhändler veröffentlicht.

Im Jahr 1991 wurde der emeritierte Bischof von Garoua, Yves Plumey, ermordet. Am 2. August 1992 wurden schließlich laut "Aleteia" zwei französische Ordensfrauen - Sr. Germaine-Marie Husband und Sr. Marie Léonne Bordy - ermordet und zuvor vergewaltigt.

Bayerische Benediktiner planen erstes Kloster in Ägypten

Mittelfristiges Ziel der St. Ottilier Missionsbenediktiner ist Klosterbetrieb mit Landwirtschaft im Umland Kairos

München (KAP) Die Missionsbenediktiner von Sankt Ottilien in Bayern planen eine Klostergründung in Ägypten. Derzeit begleitet ein Pater aus dem kenianischen Benediktinerkloster Tigni fünf katholische Kopten in Ägypten, die dem Orden beitreten wollen, wie das Magazin "missionsblätter" der Benediktiner in seiner aktuellen Ausgabe berichtet. Deshalb lotete derzeit Abtpräses Jeremias Schröder die Möglichkeit einer Klostergründung bei den kirchlichen Autoritäten

in Ägypten aus, sagte der St. Ottilier Missionsprokurator, Pater Maurus Blommer, der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA. Dabei stütze sich Schröder auf einen entsprechenden Beschluss des Kongregationsrates.


Zwei der von Pater Maximilian Musindai betreuten Ägypter hätten bereits das Noviziat in Kenia besucht. Drei weitere lebten mit Musindai in einem Mehrfamilienhaus in Kairo. "Mittelfristig haben sie das Ziel, einen Klosterbetrieb mit

Landwirtschaft im Umland Kairos aufzubauen, um sich dadurch selbst versorgen zu können, wie das bei den Benediktinern üblich ist", so Blommer.

Koptische Katholiken sind in Ägypten eine christliche Minderheit mit 150.000 bis 250.000 Gläubigen; Ägypten hat insgesamt rund 92 Millionen Einwohner. Die koptisch-katholische Kirche ist die größte katholische Kirche in Ägypten. Mit der koptisch-orthodoxen Kirche teilt sie den Ritus. In den letzten Monaten kamen

bei Terroranschlägen mehrere koptische Christen in Ägypten zu Tode.

Seit dem 15. Jahrhundert gab es Bemühungen um eine Union mit der römisch-katholischen Kirche. 1895 wurde dann das koptisch-katholische Patriarchat gegründet. Nach Einschätzung Pater Blommers dürfte diese vergleichsweise junge Geschichte der koptischen Katholiken der Grund dafür sein, dass sie bisher keine Klöster haben. "Sie mussten zunächst einmal Gemeindestrukturen gründen."

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Georg Pulling, Johannes Pernsteiner, Jennifer Mostögl Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	